

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Klaus Burkhardt

Wandlungen im
französischen Kommunismus?

Der 22. Parteitag der
Kommunistischen Partei
Frankreichs

Heinz Timmermann

„Historischer Kompromiß“
oder Volksfront?

Die Kommunistische Partei
Italiens auf dem Wege
zur Regierungsbeteiligung

B 17/76

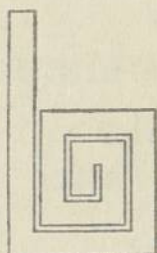
24. April 1976

Klaus Burkhardt, geb. 1947 in Neumünster; Studium der Politikwissenschaft und Geschichte in Mannheim; seit 1975 Assistent am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte IV der Universität Mannheim.

Veröffentlichung: Die Wählerinitiativen im Wahlkampf 1972, in: D. Just/L. Romain (Hrsg.), Auf der Suche nach dem mündigen Wähler, Bonn 1974 (zusammen mit Heidrun Abromeit).

Heinz Timmermann, Dr. phil., geb. 1938; Studium der Geschichts- und Politikwissenschaft in Marburg, Göttingen und Berlin; seit 1969 wiss. Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln; Spezialgebiete: Kommunistisches Parteiensystem, kommunistische und sozialistische Parteien in Westeuropa, sowjetische Westeuropapolitik.

Neuere Veröffentlichungen u. a.: Tendenzen und Motivationen sowjetischer Westeuropapolitik: Relative Stabilität statt Revolution, in: Sicherheitspolitik heute 2/1975; Westeuropas Kommunisten und die Politik der Entspannung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/75; Kommunisten in Westeuropa: Ihre Einflußzonen und ihre Konzeptionen, in: Beiträge zur Konfliktforschung 4/1975; Das Tauziehen um eine Konferenz der europäischen Kommunisten, in: Europa-Archiv 2/1976; Spaniens Kommunisten auf dem Wege in die Legalität, in: Osteuropa 2/1976.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Wandlungen im französischen Kommunismus?

Der 22. Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs *

Die Entwicklung der KPF in der V. Republik bis zum 22. Parteitag

Eine Bestandsaufnahme der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) zum Zeitpunkt des 22. Parteitages muß von zwei zentralen Aspekten in der Entwicklung der Partei ausgehen: erstens vom Verhältnis der KPF zur internationalen kommunistischen Bewegung und zweitens von ihrer Stellung im Parteiensystem der V. Republik.

Trotz zum Teil erheblicher Verzögerungen bei der Entstalinisierung der KPF hielt Moskau auch nach dem 20. Parteitag der KPdSU an der uneingeschränkten politischen und ideologischen Unterstützung der französischen Bruderpartei fest; dies um so mehr, als die Partei — angesichts der autonomistischen Bestrebungen der KPI — zum wichtigsten und größten Verbündeten im kapitalistischen Ausland geworden war. Darüber hinaus war es im Zeichen der beginnenden sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzung sowohl innen- als auch außenpolitisch wichtig für die Sowjetunion, sich auf die Unterstützung der französischen Genossen verlassen zu können. Auf französischer Seite wurde dies garantiert durch die Person Maurice Thorez', der — ab 1930 uneingeschränkter Führer der Partei — Jahrzehnte hindurch keinen Zweifel an der Treue zur KPdSU aufkommen ließ. Die Reaktionen auf die sowjetische Intervention in Ungarn 1956 und die ambivalente Haltung in der CSSR-Krise 1968¹⁾ schienen die Unverbrüchlichkeit der Freundschaft beider Parteien zu bestätigen. Die übereinstimmende Haltung mit der KPdSU in der Frage des Weltkommunismus wurde zusätzlich durch deckungsgleiche außenpolitische Zielvorstellungen — wie z. B. die Haltung zum militärischen und politischen Einfluß der USA in Europa — untermauert; dabei kam der KPF der Gleichklang

mit der eigenwilligen Auffassung de Gaulles von der außenpolitischen Unabhängigkeit und der Größe Frankreichs auch innenpolitisch zugute. Und nicht zuletzt übernahm der zentralistische Internationalismus für die Führungsgruppen der Partei eine Schutzfunktion gegen zentrifugale Tendenzen und entsprach so den internen Notwendigkeiten.

Gerade aber die straffe innerparteiliche Organisation, die Dokumentation eines einheitlichen Parteiwillens und die Geschlossenheit ihrer Mitglieder ließen die KPF zu einer Ausnahmeerscheinung im französischen Vielparteiensystem werden. Hinzu kommt, daß die KP nicht nur die mitgliedermäßig größte und wirtschaftlich stärkste Parteiorganisation des Landes ist, sondern auch mit Hilfe der CGT große Teile der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ansprechen kann. Dennoch gerieten die Kommunisten ins innenpolitische Abseits: neben der Benachteiligung durch das absolute Mehrheitswahlssystem mit zwei Wahlgängen und die Wahlkreiseinteilung trug dazu vor allem die Opposition gegen die Machtübernahme de Gaulles²⁾, die diffuse Haltung in der Algerienfrage und die bündnispolitische Inflexibilität bei. Dies änderte sich mit dem Referendum zur Direktwahl des Staatspräsidenten 1962 und mit dem daraus resultierenden Übergewicht der Exekutive. Die nun beginnende Konzentration des Parteiensystems auf zwei heterogene Blöcke beendete die kommunistische Isolation und führte letztlich zur Festigung der Stellung der Partei innerhalb des Blockes der Linken.

Der programmatische Wandel

Diese Polarisierung konnte aber nur dann genutzt werden, wenn es der KPF gelang, aus ihrer ideologischen Erstarrung — vor allem im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten — auszubrechen. Die von Thorez in den ersten Jahren der V. Republik bevorzugte Aufrechterhaltung der monolithischen

*) Nachdem das Manuskript abgeschlossen war, erschien das vollständige Protokoll des Parteitages in: Cahiers du Communisme, Heft 2—3, 1976.

¹⁾ Zur Haltung der KPF in der CSSR-Krise s. Heinz Timmermann, Zögernde Autonomisten. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 22/1970.

²⁾ Die KPF hatte sich als einzige etablierte Partei gegen die Investitur de Gaulles ausgesprochen und verlor dann auch bei den Legislativwahlen im November 1958 von 146 Sitzen 136.

Autorität der Organisation über eine geringer werdende Mitgliederbasis hatte zu einer sterilen Opposition geführt, die nicht mit dem Angebot einer politischen Alternative gekoppelt war. Das mühsame Abrücken vom Stalinismus, tradierte Klassenkampfparolen und dogmatisches, moskautreues Verhalten prägten lange Zeit das Bild der Partei in der Öffentlichkeit. Doch noch unter der Führung von Thorez setzte ein strategischer Umschwung ein, der sich zunächst in dem Arrangement mit den Verfassungsrealitäten der V. Republik manifestierte. Unter Berufung auf ein Thorez-Interview mit der Times³⁾ wurde ein für Frankreich spezifischer Übergang zum Sozialismus propagiert, der das sowjetische Vorbild als durchaus abwandelbar erklärte.

Ogleich die Partei bemüht war — und ist —, ihre programmatischen und ideologischen Änderungen durch Thorez-Zitate abzusichern, fanden die eigentlichen Innovationen erst unter Waldeck Rochet statt. Er stellte die Interessen der französischen Linken vor die des an Moskau sich ausrichtenden sozialistischen Lagers⁴⁾ und nutzte die Chance zur Annäherung an die Sozialisten durch die Unterstützung Mitterrands bei den Präsidentschaftswahlen 1965. Im Frühjahr 1966 wurde dann mit Billigung des ZK eine Broschüre publiziert, in der sich die Partei für ein gemeinsames Programm der Linken, den friedlichen Übergang zum Sozialismus und eine Parteienpluralität aussprach⁵⁾.

Ungeachtet der außen- und innenpolitischen Rückschläge des Jahres 1968 trat die Partei, deren staatstragende Funktion im Mai 1968 selbst von einigen Gaullisten anerkannt worden war, 1969 mit dem programmatischen Manifest von Champigny „für eine fortgeschrittene Demokratie — für ein sozialistisches Frankreich“⁶⁾ an die Öffentlichkeit. Das Manifest bestätigte den friedlichen Weg zum Sozialismus, der „zugleich den Besonderheiten (und) den Traditionen Frankreichs Rechnung tragen müsse“⁷⁾. Es deutete die heute von

Marchais geforderte „Union des französischen Volkes“ an, indem es für die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft die Gewinnung der Mehrheit des Volkes für unerlässlich erklärte. Und ferner wurde — als Vorstufe zum Sozialismus — die „fortgeschrittene Demokratie“ definiert durch die Souveränität eines allgemein gewählten Parlamentes, die Garantie der Gedanken- und Meinungsfreiheit, der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, der Freiheit der Gewerkschaften und des Streikrechts sowie die Anerkennung der Glaubensfreiheit und der Religionsausübung. Ohne indes längerfristige Perspektiven aufzuweisen, bekräftigte Rochet diese Aussagen nochmals in seinem Buch „Die Zukunft der Kommunistischen Partei Frankreichs“⁸⁾.

Hielt es schon Rochet für eine Notwendigkeit, sich auf dem Weg zum Sozialismus der Unterstützung der Sozialisten zu versichern, so wurden die bündnispolitischen Bemühungen unter seinem Nachfolger Georges Marchais intensiviert. Das ZK verabschiedete im Oktober 1971 ein „Programm für eine demokratische Regierung der Volksunion“⁹⁾, das einerseits die bis dahin erfolgten Änderungen festschrieb, andererseits aber auch für die KPF der Ausgangspunkt für das gemeinsame Regierungsprogramm mit den Sozialisten war. Mit diesem Aktionsprogramm, das zum Ziel hat, den Weg zum Sozialismus zu ebnen, akzeptierte die Partei nicht nur ihre Rolle innerhalb der französischen Demokratie, sondern dokumentierte gleichzeitig nach außen hin Diskussions- und Kompromißbereitschaft sowie Offenheit. Die offensichtliche Annäherung an das pluralistisch-parlamentarische System mit der Zielprojektion eines Sozialismus in den Farben Frankreichs fand ferner ihre Ergänzung und Vertiefung in Marchais' „Demokratischer Herausforderung“¹⁰⁾ wie auch in seinem Rechenschaftsbericht auf dem 21. Parteitag. Besondere Beachtung verdient dabei die ohne Einschränkung übernommene grundsätzliche Wertschätzung der Rechte und Freiheiten der bürgerlichen Demokratie.

Was man sich unter der politischen und ökonomischen Demokratie der Kommunisten, den Kernstücken des blau-weiß-roten Sozialismus, nun real vorzustellen habe, erklärte die Partei im Mai 1975 der Öffentlichkeit nochmals mit

³⁾ Abgedruckt in: Maurice Thorez, Oeuvres choisies en trois volumes, tome 2, S. 451 ff., Edition Sociales, 1966.

⁴⁾ Vgl. dazu: Annie Kriegel, The French Communist Party and the Fifth Republic, in: D. Blackmer / S. Tarrow, Communism in Italy and France, Princeton 1975, S. 75 ff.

⁵⁾ Waldeck Rochet, Le marxisme et les chemins de l'avenir, Ed. Sociales, 1966, S. 61 f. und 65 f.

⁶⁾ Das „Manifest du parti communiste français; pour une démocratie avancée, pour une France socialiste“, Ed. Sociales 1969, wurde im Dezember 1968 verabschiedet.

⁷⁾ Ebenda, S. 49 f.

⁸⁾ Waldeck Rochet, L'avenir du parti communiste français, Grasset 1969.

⁹⁾ Changer de cap. Programme pour un gouvernement démocratique d'union populaire, Ed. Sociales, 1971.

¹⁰⁾ Georges Marchais, Le défi démocratique, Grasset, 1973.

der „Deklaration der Freiheiten“¹¹⁾, die nach ihrer Auffassung der französischen Verfassung vorangestellt werden soll. Obgleich ein Großteil der Aussagen schon in der „demokratischen Herausforderung“ publiziert worden war, kam auf dem Hintergrund der inner-sowjetischen Verhältnisse einigen Forderungen eine über die französische Situation hinausgehende Bedeutung zu: Foltermethoden, Internierung in Heilanstalten, Entzug der Staatsangehörigkeit sowie Identifizierung von Partei und Staat wurden grundsätzlich mißbilligt (Art. 3, 4, 17 und 76 der „Deklaration“).

Der 22. Parteitag

Signalisierte die „Deklaration der Freiheiten“ die Eigenständigkeit der Partei, so wurden die autonomistischen Bemühungen im Vorfeld des Parteitages durch eine gemeinsame Erklärung der KPI und der KPF im November 1975 intensiviert¹²⁾; wichtigster Punkt war dabei die Zurückweisung des politischen und ideologischen Führungsanspruches der KPdSU. Die französischen Genossen gingen — zum ersten Male in ihrer Geschichte — mit der direkten Kritik an Moskau sogar noch einen Schritt weiter: auf einen im französischen Fernsehen gezeigten Film über ein sowjetisches Straflager bei Riga reagierte das Politbüro prompt und unmißverständlich. Die ideologische Kluft schien sich weiter zu vergrößern, als Marchais im Januar im französischen Fernsehen erklärte, die „Diktatur des Proletariats“ habe bei der Realisierung des Sozialismus in den Farben Frankreichs keine Bedeutung mehr¹³⁾.

Dieser für die kommunistische Bewegung bis dahin wesentliche Begriff wurde in der Resolution des Politbüros für den Parteitag denn auch verabschiedet. Die Resolution, die eine Synthese aller Positionen und Analysen der letzten Jahre darstellt, die Mittelpunkt der Parteitagsdiskussionen war und schließlich einstimmig angenommen wurde, stand bezeichnenderweise unter dem Motto: „Was die Kommunisten für Frankreich wollen“¹⁴⁾. Ihre zentralen Themen waren die demokratischen Freiheiten, die Abkehr von der „Diktatur des

Proletariats“, der Sozialismus à la française und die Moral (s. dazu unten). Als sich die über 1 500 Delegierten vom 4. bis 8. Februar in Saint-Ouen zum Parteitag trafen, konnten sie schon auf eine intensive, z. T. heftig und kontrovers geführte Diskussion dieser Themen in den einzelnen Zellen, in der „Humanité“ und in den theoretischen Schriften zurückblicken. Unter Wahrung des demokratischen Zentralismus setzte sich jedoch keiner der eingereichten Abänderungsanträge durch, wie auch sämtliche nicht geheimen Abstimmungen ohne Enthaltungen oder gar Gegenstimmen durchgeführt wurden¹⁵⁾.

Stand der Parteitag auch ganz im Zeichen der ideologischen und politisch-praktischen Neuorientierung, so nahm daneben die Diskussion der ‚nationalen Frage‘ einen breiten Raum ein. In diesem Zusammenhang kritisierte Marchais vor allem den „neuen Atlantismus“, der sich in allen Bereichen durchsetze¹⁶⁾. Während die französische Eigenständigkeit auf industriell-technologischem und energiepolitischem Gebiet durch die USA gefährdet werde, sei es auf der kommerziellen, monetären, militärischen und politischen Ebene die Bundesrepublik, die nach Meinung des Generalsekretärs versuche, die Unabhängigkeit und Souveränität Frankreichs zu untergraben: „Dem deutschen Imperialismus ... fehlt nur der freie Zugang zum Atompotential.“ Und weil zu befürchten sei, daß bei einer gesamteuropäischen Regelung der Atlantiker Giscard sich dem Atlantiker Schmidt und damit — zugunsten der Monopole — dem Wirtschaftsriesen Bundesrepublik Deutschland unterordne, sei die momentane französische Politik „ein nationaler Verzicht“.

Ähnlich argumentierte die ehemalige Abgeordnete und heutige ZK-Angehörige Vaillant-Couturier, die zudem nicht nur Franz Josef Strauß und die CDU des Revanchismus bezichtigte, sondern ebenso die Demokratiekonzeption der deutschen Sozialdemokratie sowie „deren Berufsverbote“ angriff. Eine Alternative zur europäischen Frage stand indes nicht zur Debatte; zur Begründung der Absage an eine gemeinsame Außen-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik schien wie zu Zeiten der Okkupation und der Résistance der Hinweis auf die Stärke Deutschlands auszureichen. Eine — wie auch immer geartete — europäische Einigung müsse unvermeidlich eine

11) Vivre libres, Projet de déclaration des libertés soumis à la discussion des Français, Edition de „L'Humanité“, 1975.

12) Abgedruckt in: Cahiers du Communisme (CdC), 12/1975, S. 131 ff.

13) Vgl. dazu Le Monde vom 9. 1. 1976.

14) Document préparatoire au 22^e congrès du parti communiste français; ce que veulent les communistes pour la France; France Nouvelle, Nr. 1566, November 1975.

15) Allein bei der geheimen Wahl des Zentralkomitees wurden 13 der vorgeschlagenen Kandidaten nicht einstimmig gewählt.

16) Der Rechenschaftsbericht Marchais' wurde abgedruckt in: L'Humanité vom 5. 2. 1976.

bundesrepublikanische Dominanz nach sich ziehen; ohne Unabhängigkeit und nationale Souveränität aber gibt es laut Marchais keine Freiheit für Frankreich¹⁷⁾.

Die soziale Zusammensetzung des Parteitag

Zum 22. Parteitag stellte die KPF sich so stark wie nie zuvor in der V. Republik dar. 1522 Delegierte repräsentierten eine halbe Million Parteimitglieder, die in 8 072 Betriebszellen sowie 5 457 ländlichen und 9 649 lokalen Zellen organisiert sind. Zwar wird der Parteibeitritt von 93 873 Franzosen im Jahr 1975 auf Grund der hohen Mitgliederfluktuation relativiert, ein Anwachsen der Partei ist aber dennoch unverkennbar. Überraschend ist dabei der hohe Anteil junger Parteigenossen (der offizielle Bericht spricht von einer Drei-Viertel-Mehrheit der 18- bis 35jährigen) und der der Frauen (über 30 % gemäß der gleichen Quelle).

Man kann davon ausgehen, daß der Parteitag diese Konstellation widerspiegelte: So befanden sich unter den Delegierten 484 Frauen, das sind 31,8 %; auf dem 19. Parteitag 1970 betrug der Anteil der Frauen nur 21,7 %. Das Durchschnittsalter lag bei 32,5 Jahren, wobei 48,5 % der Delegierten unter 30 Jahren alt waren. 46,5 % wurden als Arbeiter eingestuft, 21 % als Angestellte. Schüler und Studenten spielten mit 2 % ebenso kaum eine Rolle wie die freien Berufe mit 1,4 % und die Handwerker und Kaufleute mit 0,9 %.

Die Delegierten aus den Betriebszellen waren in der Überzahl: Von ihnen arbeiteten 507 in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten, doch stellten die Großunternehmen (mit mehr als 5 000 Beschäftigten) davon nur 72. Die Delegierten aus privaten Unternehmen waren mit 44,6 %, die aus öffentlichen mit 24,3 % und die aus nationalisierten mit knapp 10 % im Verhältnis zur Gesamtzahl vertreten. Hinzu kommt, daß die meisten gewerkschaftlich organisiert sind und nur 283 Delegierte keine Parteischule besucht haben. Aufschlußreich ist ferner ein Blick auf die Dauer der Parteizugehörigkeit. 77 der 1 522 Delegierten, von denen 148 ein öffentliches Amt bekleiden, traten der Partei in der Zeit von der Gründung (1920) bis 1944 bei, 184 in der Zeit von 1945—1957, 328 von 1958—1967, 475 von 1968—1972 und 458 ab 1972.

Die KPF präsentierte sich also der Öffentlichkeit als eine junge, dynamische, in der Arbei-

terschaft verwurzelte Partei. Man befolgte die von der Parteiführung ausgegebene Losung, möglichst junge Mitglieder für den Parteitag zu delegieren, was in doppelter Hinsicht von Bedeutung ist: Einerseits konnte Marchais sicher sein, daß die jungen Delegierten, die sich ohne den ideologischen Ballast der Vergangenheit recht pragmatisch mit den französischen Realitäten des Jahres 1976 auseinandersetzen, seine Vorstellungen bereitwilliger aufnehmen würden als die älteren Mitglieder. Andererseits bieten die Jungen die Gewähr für die Umsetzung der neuen Linie in die tägliche Parteiarbeit. Beides garantierte sowohl die Absicherung des von Marchais eingeschlagenen Weges als auch eine Stärkung der Position des Generalsekretärs innerhalb der Partei.

Die demokratischen Freiheiten

Der hohe Stellenwert, den die Partei den Freiheitsrechten beimißt¹⁸⁾, entspringt dem Bemühen, republikanisch glaubwürdig und demokratisch zuverlässig zu erscheinen. Gleichzeitig ist es ein Versuch, mit der Parti Socialiste auf dem Gebiet der demokratischen Garantien zu konkurrieren. In der Resolution wird die Abschaffung der Ausbeutung als Voraussetzung aller Freiheit gesehen und in enger Anlehnung an die „Deklaration“ vom Mai 1975 die Beibehaltung der demokratischen Errungenschaften sowie weitgehende Partizipation gefordert.

In seinem Rechenschaftsbericht betonte Marchais die Einheit von Freiheit, Demokratie und Sozialismus, die nur im „täglichen revolutionären Kampf der Arbeiterklasse“ für eine umfassende ökonomische, soziale und politische Demokratisierung gewährleistet werden könne. Die einzige von Marchais als *bürgerlich* apostrophierte Freiheit wies er weit von sich: „Die Freiheit, die Arbeiter auszubeuten.“ Das kommunistische Ideal aber, das Marchais den Delegierten offerierte, kleidete er in die Worte Pablo Nerudas: „Ich will in einer Welt ohne Exkommunizierte leben. Ich werde niemanden exkommunizieren. Ich werde auch nicht morgen dem Priester von El Tabo sagen: ‚Sie können niemanden taufen, weil Sie Antikommunist sind‘. Ich werde auch nicht einem anderen sagen: ‚Ich werde Ihr Gedicht, Ihr Werk nicht veröffentlichen, weil Sie Antikommunist sind‘. Ich will in einer Welt leben, in der die Menschen nur mensch-

¹⁷⁾ Vgl. L'Humanité vom 9. 2. 76.

¹⁸⁾ S. dazu auch das erst kürzlich erschienene Buch des ZK-Mitglieds Pierre Juquin, *Liberté*, Grasset, 1975.

lich sind, ohne jeden anderen Titel als diesen, ohne sich eine Regel in den Kopf zu setzen, ein Wort, ein Etikett ... Ich will, daß man niemanden mehr vor dem Bürgermeisteramt auflauert, um ihn festzunehmen, ihn auszuweisen ... Ich will, daß die große Mehrheit, die einzige Mehrheit, daß alle reden, schreiben, lesen, hören und sich entfalten können." ¹⁹⁾

Behandelt die Partei einerseits die Verteidigung der Freiheiten als eine prinzipielle Frage, so kann diese andererseits zugleich als wichtiger Faktor in bezug auf das Verhältnis KPF — KPdSU gelten. Noch am Vorabend des Parteitages warf der KPF-Sekretär Paul Lauren im Rundfunk der Sowjetunion vor, sie schränke die individuellen Freiheiten und besonders die freie Meinungsäußerung ein ²⁰⁾, und auch Marchais stellte Divergenzen mit der Bruderpartei fest: das kommunistische Ideal, dessen Ziel das Glück der Menschen sei, werde durch ungerechte und ungerechtfertigte Handlungen befleckt. Diese Handlungen seien keineswegs eine obligatorische Folge des Sozialismus, fügte er hinzu. ZK-Mitglied Henri Malberg wurde noch deutlicher: Falsche Ideen müsse man mit richtigen Ideen bekämpfen, ohne sich irgendwelcher Repressionsmittel zu bedienen. Geschehe aber letzteres in irgendeinem sozialistischen Land, so füge das auch den französischen Kommunisten Schaden zu.

Die Diktatur des Proletariats

Noch auf dem 17. Parteitag 1964 hatte Marchais erklärt: „Das Konzept der Diktatur des Proletariats in Frage zu stellen, würde bedeuten, auf den Boden der bürgerlichen Demokratie abzugleiten“ ²¹⁾. Das entsprach damals durchaus der allgemein üblichen, offiziellen Auffassung des ‚sozialistischen Lagers‘ ²²⁾. In der Resolution für den 22. Parteitag fehlte nun erstmals dieser marxistisch-leninistische Begriff. Er wurde ersetzt durch die Aussage,

daß es „nur die repräsentative politische Gewalt des arbeitenden Volkes gestattet, die radikalen ökonomischen und sozialen Umwandlungen zu verwirklichen“ ²³⁾. Die Begründung dafür lieferte Marchais in seinem Rechenschaftsbericht: Da die KPF zur Durchsetzung ihrer Politik die Zustimmung der großen Mehrheit der Bevölkerung, wie sie durch freie Meinungsäußerung in allgemeinen Wahlen zum Ausdruck komme, für unumgänglich halte, entspreche dieser Begriff nicht mehr den Realitäten. Im übrigen — so der Generalsekretär — erinnere die „Diktatur“ automatisch an faschistische Regime, an die Verneinung der Demokratie. Das Proletariat stelle zwar nach wie vor den bedeutenden Kern der Arbeiterklasse dar, repräsentiere aber nicht deren Gesamtheit. Eben diese sei aber die Legitimationsbasis der angestrebten sozialistischen Macht.

Ogleich sich ein — wenn auch geringer — Teil der Parteimitglieder in der Diskussion vor dem Parteitag für eine Beibehaltung der „Diktatur“ aussprach ²⁴⁾, folgten alle Redner in St.-Ouen der Argumentation Marchais', daß das Konzept der Diktatur des Proletariats nicht mehr den heutigen sozialen Strukturen Frankreichs entspreche und folglich das, was veraltet sei, abgeschafft werden müsse. Die Schwierigkeit schien indessen die zu sein, die Abschaffung des Begriffes mit den von Marx, Engels und Lenin erarbeiteten Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus zu rechtfertigen, an denen die KPF — ungeachtet anderslautender Interpretationen — festzuhalten bemüht ist. Folglich wurde die Änderung damit begründet, daß weder der historische noch der dialektische Materialismus ein bindendes Schema für die soziale Revolution vorschreibe. Man könne ferner — so wurde argumentiert — keine konkrete Klassenanalyse treffen, wenn man sich dabei auf Texte beziehe, die aus anderen, unterschiedlichen Situationen hervorgegangen seien. Lenin selbst habe sich gegen das Eintrocknen von Gedanken sowie gegen die Entwicklung zum Kommunismus unter Beseitigung der Mannigfaltigkeit und der Aufhebung der nationalen Unterschiede gewehrt ²⁵⁾.

¹⁹⁾ S. dazu auch: Pablo Neruda, Ich bekenne — ich habe gelebt. Memoiren, Darmstadt/Neuwied 1974, S. 306.

²⁰⁾ Vgl. dazu Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 4. 2. 1976.

²¹⁾ Zit. nach Le Monde vom 4. 2. 1976.

²²⁾ So ist im „Kleinen Politischen Wörterbuch“, Berlin 1973, und bei G. Klaus/M. Buhr, Philosophisches Wörterbuch, Berlin 1972, zu lesen: „Die Diktatur des Proletariats ist von zentraler Bedeutung für den siegreichen Kampf der Arbeiterklasse. Sie ist die Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus und das entscheidende Kriterium für den revolutionären Charakter und die Wissenschaftlichkeit der Ideologie.“

²³⁾ Document préparatoire, a. a. O., S. 8.

²⁴⁾ Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 13. 2. 76 spricht von ca. 7 0/0; vgl. ferner: SZ vom 7./8. 2. 76.

²⁵⁾ So der Abgeordnete Gustave Ansart, Mitglied des ZK und des Politbüros in seiner Rede; s. dazu auch: W. I. Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. V, S. 546 f., Frankfurt 1971.

Historisch gesehen, erkannte man die Notwendigkeit der Diktatur an, da — wie z. B. 1917 in Rußland — die zahlenmäßige Minorität des Proletariats das Interesse der großen Mehrheit wahrnahm und darüber hinaus die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen hatte. Diese Voraussetzungen seien jedoch im Jahre 1976 in Frankreich nicht gegeben — und nicht zu erwarten. Die KP sei seit 1920 zu einer starken, selbstbewußten Partei geworden, deren Strategie die „Diktatur des Proletariats“ nicht mehr entspreche: „Das Kind ist dermaßen gewachsen, daß es die Kleider wechseln muß“²⁶⁾. Das geschehe — nach Ansart — um so leichter, als die „Diktatur des Proletariats“ auch ein Problem des Vokabulars darstelle, die KPF jedoch keinen „Wortfetischismus“ betreibe. Darüber hinaus sei die Streichung dieses Begriffes geradezu eine originäre Bereicherung des Marxismus-Leninismus, denn sie erfolge auf dessen Grundprinzipien und schließe die marxistische Interpretation der konkreten politischen Situation mit ein.

Besteht die Partei einerseits darauf, daß es sich bei dieser Frage nicht nur um eine formale Modifikation handelt und der Marxismus keine Sammlung von Dogmen ist, so muß sie sich andererseits — ihrem Selbstverständnis nach — gegen den Vorwurf des Revisionismus schützen. Darum heißt es unter Berufung auf den marxistisch-leninistischen Standpunkt, daß die Notwendigkeit, den Klassenkampf voranzutreiben, unverändert bestehe, wobei der Arbeiterklasse die führende Rolle bei der Transformation der Gesellschaft zufalle. Da aber die KPF — objektiv gesehen — die einzige Organisation der Arbeiterklasse sei, müsse sie folglich auch weiterhin die Rolle der Avantgarde übernehmen. Doch gelten nun Schutz und Ausbreitung der demokratischen Errungenschaften als das permanente Ziel, das unter Einbeziehung und Mitarbeit anderer, gleichgestellter sozialer Schichten erreicht werden soll.

Ob die Partei mit ihrer Loslösung vom Dogmatismus vorwiegend innenpolitische Überlegungen in ihr Kalkül einbezog, sei vorläufig dahingestellt. Sicher ist, daß in einer zentralistisch gegliederten Parteiorganisation ideologische Schwenkungen nur unter großem Substanzverlust revidiert werden können. Indem die KPF nun mit der Diktatur des Proletariats einen zentralen analytischen Begriff aufgibt, der nicht nur affektiv besetzt ist, sind die daraus resultierenden Konsequenzen un-

ter Einbeziehung der Eigendynamik daher längerfristig anzusetzen. Im übrigen steht diese Frage in engem Zusammenhang mit den oben skizzierten Freiheiten. Die leninistische Diktatur des Proletariats ist nun einmal nicht vereinbar mit den postulierten und garantierten bürgerlichen Freiheiten, die nach Auffassung der KPF auch die Freiheit des Andersdenkenden mit einbeziehen. Damit ist die Partei nicht dem „Luxemburgismus“ verfallen; es handelt sich vielmehr um einen Teilaspekt des eigenen Sozialismus in den Farben der Trikolore.

Der Sozialismus in den Farben Frankreichs

Angesichts ihrer historischen Entwicklung mußte es sich die KPF lange Zeit gefallen lassen, daß ihre Sozialismusvorstellung am Vorbild der sozialistischen Länder — insbesondere der UdSSR — gemessen wurde. Das Bekenntnis zu den demokratischen Freiheiten und die damit verbundene Kritik an Moskau wie auch die Absage an den Bürgerkrieg und an die zu errichtende Diktatur bedeuten jedoch einen weitgehenden Bruch mit der bisherigen Linie. In der Resolution und im Bericht Marchais'²⁷⁾ findet sich zudem eine konkretere Antwort auf die Frage nach dem französischen Sozialismus:

Die KPF wendet sich gegen die Übernahme eines schon realisierten Sozialismusmodells; sie akzeptiert lediglich generelle Regeln und universelle Prinzipien des Sozialismus, wie z. B. das Gemeineigentum an Produktionsmitteln, die zentrale Planung, die Demokratisierung des gesamten nationalen Lebens, die Macht der Arbeiterschaft und den führenden Einfluß einer Avantgardepartei, die sich vom wissenschaftlichen Sozialismus leiten läßt. Im wirtschaftlichen Bereich fordert die Partei deshalb die Nationalisierung aller großen Unternehmen, einschließlich des Handels- und Dienstleistungsgewerbes. Der ökonomisch weniger relevante Sektor des „kleinen Eigentums“ bei Handwerk, Handel und Kleinindustrie sowie die landwirtschaftlichen Familienbetriebe bleiben davon ebenso ausgenommen wie auch alle persönlichen Konsum- und Gebrauchsgüter. Die durchgängige Eigentumsform soll weniger die nationale als — unter dem Vorzeichen der Dezentralisierung — vielmehr die kooperative städtische, departementale und regionale Form sein; damit hofft

²⁷⁾ S. dazu Document préparatoire, a. a. O., S. 7 ff., und den Bericht Marchais' in: L'Humanité vom 5. 2. 1976.

²⁶⁾ So das ZK-Mitglied François Billoux in St.-Ouen.

man die Partizipation aller Beteiligten an ökonomischen und sozialen Entscheidungen zu erleichtern. Vor allem aber soll die Orientierung an den Bedürfnissen der Bevölkerung gewährleistet werden durch freiwillige Kooperation auf der Basis des Wettbewerbs. Dadurch erst würden die Vertretung aller Interessen garantiert und das Eigentum und die Unabhängigkeit jedes einzelnen respektiert. „Eine Uniformität . . ., einen Kasernenkommunismus wollen wir nicht.“²⁸⁾

Dem Staat fällt die Aufgabe zu, das soziale und ökonomische Leben nach den Interessen der Bevölkerung anzuregen und zu regeln, wobei autoritäre Vormundschaft ebenso ausgeschlossen wird wie Bürokratismus. Der sozialistische Staat soll bemüht sein, die persönlichen Interessen und das allgemeine Interesse in Einklang zu bringen. Dazu bedarf es nach Ansicht der französischen Kommunisten in allen Bereichen der Zustimmung in Form von allgemeinen Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht. Auch der Opposition soll die Möglichkeit der vollen politischen Entfaltung dauerhaft belassen werden. Dies setzt jedoch voraus, daß „keine Partei den Staat dominieren, noch sich mit ihm identifizieren“²⁹⁾ darf. Es bedeutet ferner eine nicht nur parlamentarische Zusammenarbeit mit anderen gleichberechtigten demokratischen Parteien auf der Basis gleicher Rechte und Pflichten für jeden Partner. Auch im sozialistischen System soll also im politischen, ökonomischen und kulturellen Bereich Pluralität herrschen. Die Errichtung dieses Systems wiederum kann nur das Werk der Majorität sein — unter der Voraussetzung der Übereinstimmung von politischer und arithmetischer Mehrheit.

Da Mehrheiten sich ändern können, respektiert die KPF ausdrücklich den Willen des Volkes — auch in der Frage des Regierungswechsels. Indem die Partei sich darüber hinaus gegen Unterdrückung, Totalitarismus und ‚pouvoir personnel‘ wendet und die parlamentarisch-demokratischen Gepflogenheiten respektieren will, grenzt sie sich deutlich nach „links“ ab. Die Vorstellungen kleiner aktiver Gruppen werden entschieden zurückgewiesen, die mit „Gewalt die Massen beugen und zur Revolution mitreißen“ wollen, da es sich hierbei um den Weg in die Isolation, des Abenteuers und der Niederlage handele. Marchais drückt das folgendermaßen positiv aus: „Wir

wollen eine auf Majorität basierende Volksbewegung, die sich demokratisch durch Kampf und das Mittel der allgemeinen Wahl artikuliert.“³⁰⁾ Mit anderen Worten: „Sozialismus, das ist Demokratie ‚jusqu’au bout‘.“³¹⁾

In einem Land wie Frankreich, in dem, gemessen an vergleichbaren Industrienationen, ein großes Potential an sozialer Unzufriedenheit vorhanden ist und in dem ein hochgradiger Zentralismus den Gegensatz Provinz—Paris in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zunehmend verschärft, kann eine solche politische und wirtschaftliche Alternative auf fruchtbaren Boden fallen. Dem steht jedoch gegenüber, daß das von der KPF vorgeschlagene Modell in vielen Punkten vage und ohne genauere Spezifikationen bleibt: Soll z. B. die freiwillige Kooperation auf der Grundlage des freien Wettbewerbs institutionalisiert werden, und wenn ja, wie will man dabei Bürokratisierung vermeiden? Wer definiert das allgemeine Interesse und die Bedürfnisse der Bevölkerung? Wie verhält es sich mit der Abwägung privater und öffentlicher Güter bei der Nationalisierung, und welche Rolle spielt dabei die ‚Sachkompetenz‘ von Gewerkschaften und Parteien? Sicher, das von den Kommunisten vorgelegte Konzept kann in dieser Form kein detailliertes Programm sein; dennoch wird die Partei auf konkrete Verfahrensfragen konkrete Antworten geben müssen, zumal sie das weitaus exakter gefaßte gemeinsame Regierungsprogramm mit den Sozialisten aus dem Jahre 1972³²⁾ nur als Ausgangsposition für die Errichtung eines französischen Sozialismus sieht.

Besonders im Hinblick auf diese Linksunion ist es von Interesse, daß die KPF den Anspruch erhebt, die Rolle der Avantgarde mit führendem Einfluß zu spielen. Daß sie sich dabei als ‚revolutionär‘ bezeichnet, kann insofern übergangen werden, als es sich allem Anschein nach hier um ein verbales Relikt handelt, das nur die Funktion der innerparteilichen Integrationsideologie erfüllt. Folgt man der Resolution, so ist die Partei deshalb revolutionär, weil sie den Kapitalismus durch den Sozialismus ersetzen will, wobei Revolution nicht als Synonym für Gewalt gebraucht wird. Was aber den führenden Einfluß der „Avantgarde“ betrifft, so ist zumindest Skepsis angebracht. Zwar versicherte Marchais, daß der Führungsanspruch der KPF keinem

²⁸⁾ So Georges Marchais in seinem Rechenschaftsbericht, a. a. O.

²⁹⁾ Document préparatoire, a. a. O., S. 8.

³⁰⁾ Zit. nach Le Monde vom 10. 2. 1976.

³¹⁾ Document préparatoire, a. a. O., S. 8.

³²⁾ Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, hrsg. von Werner Goldschmidt, Köln 1972.

Monopol entspreche und daß die Partei eine Identifizierung mit dem Staatsapparat ablehne. Wenn dies tatsächlich der Fall wäre, müßte die KPF sich als demokratische Partei verstehen, die sich von anderen Parteien nur noch im ideologischen Bereich unterscheidet. Dann aber müßte sie auch — als Vorwegnahme der sozialistischen Demokratie — unter Verzicht auf den demokratischen Zentralismus alter Prägung demokratische Perspektiven in der eigenen Organisation eröffnen. Die Rolle der Avantgarde dürfte demnach eigentlich nur als moralischer Anspruch verstanden werden. Dasselbe gilt für den führenden Einfluß, den die Partei aus der Tatsache ableitet, daß sie die konsequenteste Verteidigerin der Interessen der Arbeiterschaft sei. Sie habe besonders in den Betrieben als Massenpartei die beste Verbindung zur Arbeiterklasse und stehe ihr mit politischem Scharfblick, Aufopferung und Entschlossenheit im alltäglichen Kampf zur Seite. Gegen diese Selbsteinschätzung kann man allerdings einwenden, daß die Partei Mitterands — von anderen Voraussetzungen ausgehend — mit gutem Recht zum gleichen Ergebnis gelangen könnte.

Die KPF hält aber eben nicht aus ideologischen Gründen an der Rolle der Avantgarde fest, sondern vor allem deshalb, um damit innerhalb der Linksunion einen Machtanspruch ableiten zu können. Obgleich die Parti Socialiste (PS) in St.-Ouen weitgehend von verbalen Angriffen verschont blieb, kam die Kontroverse zwischen beiden Parteien durch die kommunistische Konzeption der „Union des französischen Volkes“³³⁾ zum Ausdruck, die der sozialistischen „Klassenfront“ gegenübergestellt wurde. Die „Union“, die für die KPF eine essentielle Komponente ihrer Politik darstellt, ist nach den Worten Marchais' weder eine „Rumpelkammer noch ein Sammelbecken der Unzufriedenen“³⁴⁾, sondern vielmehr eine Union all derer, die sich an der Seite der Arbeiterklasse — als dem Kern der Bewegung — auf der Basis des gemeinsamen Programms der Linksunion gegen den Kapitalismus zur Wehr setzen wollen. Damit meldet die KPF von vornherein ihren Führungsanspruch an. Dem setzen die Sozialisten ihre „Klassenfront“ entgegen, die sie für das geeignete Mittel halten, die Aktivierung aller sozialen Schichten gleichermaßen und ohne Präjudizierung eines Machtanspruches zu gewährleisten, während sie in der „Union“ die Gefahr

des „Wiederauflebens der alten Taktik der nationalen Front“³⁵⁾ sehen. Der Unterschied zwischen „Klassenfront“ und „Union des französischen Volkes“ liegt demnach weniger in der politischen Zielsetzung; es handelt sich vielmehr um die angestrebte Stellung der KPF und um ihr Verhältnis zur PS innerhalb des gemeinsamen Bündnisses.

Die zum Teil pathetisch verteidigte „Union des französischen Volkes“ ließ dennoch keinen Zweifel an der 1972 begründeten Linksunion aufkommen, die nach wie vor zum festen Bestandteil der nationalen KP-Politik zu zählen scheint. Die Gefahr, daß die reformistische PS ohne das kommunistische ‚Korrektiv‘ innerhalb der Linksunion zur „Praxis der Klassenkollaboration“ zurückkehren könnte, mag die KP bestärken, an ihrer Strategie festzuhalten. Letztlich bietet nur die Zusammenarbeit mit den Sozialisten der KP die Gewähr, die politische Isolation endgültig hinter sich zu lassen. Da aber die Linksunion auf dem freien Wettbewerb beider Partner aufgebaut ist, kann man zukünftigen Auseinandersetzungen mit Interesse entgegensehen.

Die Frage der Moral

Bemerkenswerterweise ist unter den Mitgliedern der Partei keine Frage so heftig diskutiert worden wie die der Moral³⁶⁾. Dies wird verständlicher auf dem Hintergrund der allgemeinen Diskussion, die sich während der letzten beiden Jahre in Frankreich um die Probleme der Pornographie, der Prostitution und der öffentlichen Moral drehte. In der Resolution wurde darauf hingewiesen, daß das gleichzeitige Zusammentreffen von moralischer Krise und Krise der kapitalistischen Gesellschaft die „Fäulnis des Systems“ und die „Dekadenz der Welt“ manifestiere.

Im Gegensatz zu den konkreten Auseinandersetzungen innerhalb der einzelnen Zellen kam die Diskussion auf dem Parteitag nicht über allgemeine Stellungnahmen hinaus. So betrachtete Marchais in seinem Bericht den moralischen Aspekt mehr als ideologischen Bestandteil denn als Sittenvorschrift. Darin wurde er teilweise vom Politbüromitglied Kanapa unterstützt, der feststellte, daß die KPF eine *politische* Partei sei und nicht alle Probleme eines Individuums der politischen Zu-

³³⁾ S. dazu auch Claude Quin, *Classes sociales et union du peuple de France*, Ed. Sociales, 1976.

³⁴⁾ Zit. nach *Le Monde* vom 6. 2. 1976.

³⁵⁾ Ebenda.

³⁶⁾ Vgl. dazu *Le Monde* vom 4. 2. 1976.

ständigkeit unterlägen³⁷⁾. Gleichwohl nahm er für die KPF in Anspruch, sich gegenwärtig und zukünftig um alle Bereiche des nationalen Lebens, inklusive der moralischen Dimension, zu kümmern. Dies ist — nach Kanapa — nicht möglich, ohne das moralische Erbe Frankreichs zu bejahen und aufzunehmen, was an anderer Stelle die ideologische Untermauerung darin fand, daß es idealistisch und undialektisch sei, mit den traditionellen Werten zu brechen³⁸⁾. Dabei wurde unterschlagen, daß die herkömmliche Moral in vielen praktischen Fragen dem im Wege steht, was in sozialer Hinsicht wünschenswert wäre. Die so für problemlos erklärte Aufrechterhaltung der moralischen Kontinuität aber ist anscheinend nur mit Hilfe einer Partei möglich, die — wie die KP — solche Attribute für sich reklamiert wie: Respekt vor der menschlichen Persönlichkeit, Gerechtigkeit, Edelmut, Güte, Sauberkeit, Ehrlichkeit, Brüderlichkeit und Sittsamkeit³⁹⁾. Und im Gegensatz zu den kleinbürgerlichen Anarchisten ist es — so die offizielle Version — ein Teil der kommunistischen Verantwortlichkeit gegenüber der Nation, wenn man sich über die „moralische Gesundheit der französischen Gesellschaft“ Sorgen macht. Die moralisch gesunde Gesellschaft aber kennt nach den Aussagen der Partei keine Pornographie und keine Skandale, sondern z. B. eine „harmonische Familie“ sowie eine Entfaltung der Persönlichkeit, die nicht auf die „Möglichkeit reduziert ist, irgendwas, irgendwo, irgendwie zu machen“.

Entspricht die Beschäftigung mit der Moral nun dem Bemühen, die Ablehnung des Dogmatismus in allen Bereichen ernst zu nehmen, um „im Geiste unserer Zeit die Bedeutung des Marxismus für ... die Moral ... neu (zu) durchdenken?“⁴⁰⁾ Wohl kaum. Denn erstens ist die ideologische Eigenständigkeit der KPF — noch — nicht weit genug fortgeschritten, und zweitens sind die Adressaten solcher Überlegungen leicht auszumachen: Katholiken wie bürgerlicher Mittelstand sind für moralische Postulate empfänglich, besonders wenn diese eigenen Tugendvorstellungen zu entsprechen scheinen. Dem hohen Stellenwert, den die Frage der Moral vor und wäh-

rend des Parteitages einnahm, scheinen also vor allem taktische Überlegungen zugrunde zu liegen; die KP begibt sich damit — im Unterschied zu den Sozialisten — auf ein Feld, das sie offenbar für fruchtbar hält. Ob es der Partei jedoch gelingt, die eigenen Mitglieder und die von der Partei angesprochenen Bevölkerungskreise von der Vereinbarkeit moralischer Forderungen und individueller Freiheiten zu überzeugen, wird sich in Zukunft erweisen. Nicht umsonst hat die katholische Kirche heute noch Mühe, mit einigen der bürgerlichen Freiheiten ihren Frieden zu schließen.

Schlußbetrachtung

Obgleich der 22. Parteitag von Marchais als außergewöhnliches Ereignis bezeichnet wurde, gelang es der Partei nicht, die Öffentlichkeit nachhaltig davon zu überzeugen, daß sie einen Wandel von historischem Rang vollzogen habe. Dafür ging die Schwenkung auf allen Ebenen zu schnell und zu reibungslos vonstatten. Für den Beobachter glich sie eher einer Verordnung von oben als einer von der Überzeugung einer breiten Parteimehrheit getragenen Notwendigkeit. Dies ist einer der Gründe, weswegen dem neuen Kurs das Odium der Unglaubwürdigkeit noch anhäftet. Ein anderer Grund ist im innenpolitischen Erfolgswang der Partei zu sehen, demzufolge der Wandel nur allzugut in das wahltaktische Kalkül eines ehrgeizigen „Parteimanagements“ paßt. Das Ziel, den Vormarsch der PS aufzuhalten und die linken Massen ins Lager der eigenen Partei zurückzuführen⁴¹⁾, kann nur dann voll realisiert werden, wenn die KPF auch für neue soziale Wählerschichten attraktiv und wählbar erscheint.

Eben dies versuchte die KPF durch die Betonung der demokratischen Freiheiten und durch die Akzeptierung des parlamentarisch-pluralistischen Systems unter Beweis zu stellen. Die Abkehr von der „Diktatur des Proletariats“ nimmt dabei einen zentralen Platz ein. Zu dem Versuch, Reizschwellen durch ein radikaldemokratisches Image abzubauen, kommt ferner ein Phänomen, das mit dem französischen Nationalcharakter zusammenzuhängen scheint. Auch eine kommunistische Partei muß sich in Frankreich offenbar stärker als in anderen Staaten an den nationalen

³⁷⁾ Bericht der Antragskommission für den 22. Parteitag, vorgetragen von Jean Kanapa; obgleich es viele Abänderungsanträge zur „Moral“ gab, wurde die Formulierung in der Resolution beibehalten.

³⁸⁾ Vgl. Nicole Mayer-Fabbri, *Quelle morale en crise?*, in: CdC 12/1975, S. 62 ff.

³⁹⁾ Diese Attribute wurden im Bericht Kanapas der KPF zugeschrieben.

⁴⁰⁾ Roger Garaudy, *Marxismus im 20. Jahrhundert*, Reinbek 1969, S. 65.

⁴¹⁾ Bereits im Sommer letzten Jahres war die Parteispitze durch Umfragen alarmiert worden, als Grund der Situation in Portugal die Spannungen zwischen KP und PS zugenommen hatten und sich zuungunsten der Kommunisten auszuwirken begannen.

Traditionen orientieren, wenn sie als Massenpartei auf Dauer erfolgreich sein will. Neben dem Bekenntnis zur Demokratie ist es vor allem die nationalistische Komponente, die im französischen Volksbewußtsein eine tragende Rolle spielt. Mit dem 22. Parteitag schwenkte die KPF voll auf diese Tradition ein. Gerade unter dem Zwang, die nationale Reputierlichkeit nachzuweisen, konnte man schon in der Vergangenheit eine Diskrepanz von Ideologie und Praxis erkennen. So war die Partei in der Zeit der Volksfrontregierung, in der Nachkriegszeit 1944—1947 und im Mai 1968 durchaus bereit, tagespolitischen und nationalen Belangen den Vorrang vor ihrer eigenen Ideologie zu geben.

Da die KPF im öffentlichen Leben Frankreichs nun eine demokratisch organisierte und legitimierte Mehrheit fordert, muß sie sich die Frage gefallen lassen, warum sie dieses Prinzip in ihrer eigenen Organisation ablehnt. Bisher zumindest ist von innerparteilicher Opposition und ihrer Duldung nicht viel zu spüren; doch ist es fraglich, ob bei starken innerparteilichen Kontroversen die Integrationsklammer des Marxismus-Leninismus noch ausreicht, die Parteieinheit zu wahren. Einstweilen blieb die Emanzipation vom Dogmatismus auf die Partieliten beschränkt, und das nachdrückliche Festhalten am demokratischen Zentralismus, auf dem Parteitag erneut bekräftigt, bietet einigen Anlaß zur Skepsis.

Skepsis erscheint ebenfalls angebracht, wo es um das Problem des proletarischen Internationalismus geht. Zwar versteht die Partei ihn nicht mehr als kritiklose Anerkennung und Unterstützung der Sowjetunion, doch konnte sie sich bisher auch noch nicht eindeutig für einen Polyzentrismus in der kommunistischen Weltbewegung entscheiden. Daß ein Internationalismus, der sich nicht am Kreml-Kurs orientiert, leicht als „Antisowjetismus“ verketzert werden kann, dokumentierte der Leiter der sowjetischen Parteitagsdelegation, das Politbüromitglied Kirilenko. Nicht etwa der Verzicht auf die Diktatur des Proletariats, sondern die Angriffe auf die Verletzung der Menschenrechte in der UdSSR stellten für ihn eine Abart des Antisowjetismus und damit

die eigentliche „Todsünde“ der KPF dar⁴²⁾. Dabei hatte Marchais in seiner Rede ausdrücklich den „Antisowjetismus“ als Verbrechen an den Interessen der Arbeiterklasse und der Völker verurteilt. Die Politik der KPF macht jedoch deutlich, daß sie den nationalen Erfolg eindeutig vor die spezifischen Interessen des Kremls stellt, daß sie aus innenpolitischen Interessen alles daran setzt, die Hypothek der Moskauhörigkeit abzutragen⁴³⁾. Nur so ist es auch zu verstehen, daß die französischen Kommunisten auf der Welle eines jakobinisch geprägten Nationalismus in außenpolitischen Fragen selbst die Konkurrenz mit den Gaullisten nicht scheuen. In diesen Kontext ist auch der verbalradikale Vorwurf des Imperialismus gegenüber der Bundesrepublik Deutschland einzuordnen. Daß dabei die EG im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht, läßt tiefgreifende Differenzen mit der italienischen KP und mit den Sozialisten erwarten.

Die politische Frage nun, ob es sich beim Wandel der KPF ausschließlich um ein taktisches Manöver handelt, muß sicherlich verneint werden. Taktische Elemente spielen bestimmt eine bedeutende Rolle, doch ginge es nur um Taktik, hätte die KPF wohl kaum so weitreichende Änderungen vorgenommen, da sie damit rechnen mußte, daß von diesen gewisse Sachzwänge ausgehen würden. Die Eigendynamik in Mitgliederschaft und Wählererwartung lassen einen Rückschritt nicht mehr zu. Ferner stellen die einem taktischen Manöver zugrunde liegenden Motivationen nicht unbedingt das erreichte Ergebnis in Frage. Schließlich zeigt sich die KPF, wie am Beispiel ihrer Auffassungen zur Moral — dort präsentierte sie sich geradezu als Systemstabilisator — und ihrer Wirtschaftskonzeption aufweisbar, ohnehin weit von revolutionärer Tradition entfernt.

⁴²⁾ Im Gegensatz zu früheren Parteitagen konnte der sowjetische Delegationschef nicht direkt zu den Delegierten sprechen, sondern mußte sich mit einer Rede auf einer von der KPF organisierten Veranstaltung in Nanterre begnügen; s. *Le Monde* vom 10. 2. 1976.

⁴³⁾ In diesem Zusammenhang ist es ferner von Interesse, daß Marchais nicht am Parteitag der KPdSU teilnahm, sondern einen Vertreter entsandte.

„Historischer Kompromiß“ oder Volksfront?

Die Kommunistische Partei Italiens auf dem Wege zur Regierungsbeteiligung

I. Ein doppelter Schock aus Italien

Zweimal innerhalb kurzer Zeit schockierte die Kommunistische Partei Italiens (KPI) weite Teile der bundesdeutschen Öffentlichkeit: Das erste Mal, als sie im Herbst 1973 zum „historischen Kompromiß“ zwischen den demokratischen Kräften des Landes aufrief; dies wurde in der Bundesrepublik mit Sorge als *qualitativ neue* Entwicklung des innenpolitischen Kräftespiels Italiens mit unabwehrbaren Folgen für das Atlantische Bündnis und für das europäische Einigungswerk angesehen. Das zweite Mal, als die Kommunisten bei den kombinierten Kommunal-, Provinzial- und Regionalwahlen vom Juni 1975 das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien, das sich seit Kriegsende als bemerkenswert stabil erwiesen hatte, radikal zu ihren Gunsten veränderten und damit unübersehbar ihren Anspruch auf Beteiligung an der Führung des Landes unterstrichen.

Niemand sollte sich über das erwähnte negative Echo in der Bundesrepublik auf diese politische Entwicklung bei unserem südlichen Nachbarn wundern: Der Mangel an fundierten Informationen über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage des Landes muß zu unangemessenen Reaktionen führen. Um so notwendiger scheint es, den Hintergrund dessen auszuleuchten, was das Schlagwort vom „historischen Kompromiß“ inhaltlich bedeutet und wie dessen politische Perspektiven zu bewerten sind. Soviel sei hier schon vorweggenommen: Ohne Zweifel ist die politische Szene Italiens nach einem Jahrzehnt der Stagnation im Zeichen der christdemokra-

tisch geführten Mitte-Links-Koalitionen¹⁾ jetzt in Bewegung geraten. Die Möglichkeit einer direkten Regierungsbeteiligung der Kommunisten im römischen Zentrum ist in greifbare Nähe gerückt. Noch aber sperren sich die Christdemokraten (Democrazia Cristiana = DC) gegen eine solche Lösung, und auch die Kommunisten haben es aus verschiedenen Gründen mit dem „historischen Kompromiß“ keineswegs eilig.

Bevor jedoch näher auf Charakter und Perspektiven des „historischen Kompromisses“ eingegangen werden soll, müssen zunächst einige Angaben zu den politischen und sozialen Einflüßzonen der italienischen Kommunisten nach den Juni-Wahlen gemacht werden. Freilich wird man zu einer fundierten Einschätzung der Änderungen der Kräfteverhältnisse in Italien nur dann kommen, wenn diese auch als Ausdruck der wirtschaftlichen Wandlungsprozesse verstanden werden und wenn über die parlamentarische Ebene hinaus die übrigen Einflüßfelder in die Analyse mit einbezogen und dabei die beiden stärksten Parteien des Landes, die Christdemokraten und die Kommunisten, zueinander in Beziehung gesetzt werden. Dann nämlich zeigt sich, daß die Kommunisten auf dem besten Wege sind, die ein Vierteljahrhundert unangefochtene Hegemonie der Christdemokraten in Staat und Gesellschaft auf allen Feldern zu brechen und selbst zur stärksten Partei des Landes zu werden.

II. Politische und soziale Einflüßzonen

Was die wirtschaftliche Entwicklung angeht, so hatte Italien bis weit in die sechziger Jahre hinein einen stürmischen Aufschwung erlebt. Dieser Aufschwung, der nicht zuletzt auf dem relativ niedrigen Lohnniveau aufbaute und später durch die außenwirtschaftliche Expansion im Rahmen des Gemeinsamen Mark-

tes weiter verstärkt wurde, vollzog sich freilich weitgehend ungeordnet und war daher,

¹⁾ Vgl. dazu meine Untersuchung: Zwischen „mitte-rechts“ und „mitte-links“: Das innenpolitische Kräftespiel in Italien, in: *Gegenwartskunde*, Nr. 2, 1973, S. 167—180.

wie sich später zeigen sollte, mit schwerwiegenden Struktur­mängeln behaftet.

Hier ist vor allem die einseitig auf den Norden konzentrierte Expansion der Industrie zu nennen, die die Bevölkerung des agrarischen Südens als unerschöpfliches Arbeitskräftereservoir ansah. Diese einzelwirtschaftlich gewiß richtige, gesamtgesellschaftlich jedoch verhängnisvolle Entwicklung, die einen Exodus der südlichen Aktivbevölkerung in den Norden zur Folge hatte, schlägt jetzt auf die Gesellschaft zurück und stellt die Regierung vor Probleme, die mit den traditionellen Mitteln kaum noch lösbar sind. Zum einen schuf sie ungeheure infrastrukturelle Probleme in den industriellen Ballungsgebieten des Nordens. Turin beispielsweise wuchs innerhalb der letzten 25 Jahre von 720 000 auf 1 202 000 Einwohner, ohne daß der Wohnungsbau sowie das Gesundheits-, Bildungs- und das öffentliche Verkehrswesen damit auch nur einigermaßen hätten Schritt halten können. Zum anderen führte diese Entwicklung zu einem weiteren wirtschaftlichen Ausbluten des ohnehin zurückgebliebenen Südens mit allen negativen politischen und sozialen Konsequenzen. Selbst der Agrarbereich verfiel zusehends — mit der Folge, daß Italien heute für die verteuerten Nahrungsmittel mehr Devisen ausgeben muß als beispielsweise für die Erdölkäufe.

Diese Strukturkrise wurde dadurch verschärft, daß es nicht gelang, den veralteten staatlichen Verwaltungsapparat den Erfordernissen eines modernen Industriestaates anzupassen. Hier wie später auch im umfangreichen staatlichen Wirtschaftsbereich erwies sich die Praxis des italienischen Klientel- und Patronagewesens, das die DC immer mehr perfektionierte, als unüberwindbares Hindernis für eine moderne Verwaltung und für rationales Wirtschaften.

Für all dies wurde die DC, die die Geschicke des Landes seit 1945 bestimmt, verantwortlich gemacht, und die Leute begannen, sich zunehmend auf diejenigen Gruppierungen umzuorientieren, die sich glaubwürdig als Kräfte der Ordnung, der Erneuerung und des Fortschritts mit Augenmaß präsentierten. Als eine solche Kraft erscheint vielen heute die KPI — daher ihre Erfolge bei dem Versuch, die jahrzehntelange Vorherrschaft der DC auf allen Feldern zu brechen.

Dieser Trend beginnt bereits im *organisationspolitischen Bereich*. Zwar verfügt die DC mit über 2 Mill. Mitgliedern gegenüber 1,72 Mill. der KPI noch immer über einen gewissen Vorsprung. Dieser quantitative Vorsprung wird jedoch dadurch mehr als aufgewogen,

daß die KP von der Führung bis zur Basis weitaus geschlossener auftritt (und damit mehr politische Schlagkraft entwickelt) als die DC — eine DC, die im Laufe der Jahre zu einem vielfach in sich zersplitterten Aggregat widerstreitender Interessengruppen degenerierte, der nur noch durch schiere Machtausübung zusammengehalten wurde. So gesehen mußte der Machtverfall an der Peripherie die DC fast automatisch in die schwere Identitäts- und Existenzkrise führen, die die Partei gegenwärtig durchmacht.

Der Trend setzt sich fort, wenn man einen Blick auf die *sozialen Einflußzonen* wirft. Hier zeigte bereits die eindeutige Niederlage der DC im Scheidungsreferendum von 1974, daß die Ideologie der Partei — der christliche Glaube mit seinen ins Politische gewendeten moralischen Werten — an Ausstrahlung verloren hat: Selbst viele christliche Stammwählerinnen im Norden, Nordosten und Süden, den traditionellen Hochburgen der Partei, ließen die DC im Stich. Die KPI hingegen ist auch von ihrer Programmatik her so attraktiv geworden, daß sie den Rahmen ihrer traditionellen Wählergefolgschaft in der Industriearbeiterschaft sowie unter den Genossenschaftsbauern und Handwerkern in Nordmittelitalien sprengen und jetzt auch tiefe Einbrüche im Dienstleistungsbereich, unter der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und sogar unter kleinen und mittleren Industriellen erzielen konnte.

Ein weiteres kommt hinzu: Während sich die Verbindungen der ehemals christlichen Gewerkschaften zu ihrer Mutterpartei immer mehr lockerten, konnten die Kommunisten im Zuge des gewerkschaftlichen Einigungsprozesses ihren Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung über die von ihnen kontrollierte CGIL-Gewerkschaft, die stärkste des Landes, hinaus weiter ausdehnen. Das ist insofern außerordentlich wichtig, als die Gewerkschaften im Italien nicht nur im Hinblick auf tarifpolitische, sondern auf wirtschaftspolitische Probleme überhaupt zu einem wichtigen Verhandlungspartner der Regierung geworden sind.

Schließlich beginnt selbst die letzte Säule christdemokratischer Machtausübung und Hegemonie, das Management der privaten und öffentlichen Wirtschaft, zu wanken: Einflußreiche Industrielle sehen in der Patronage- und Klientelwirtschaft der DC mehr und mehr ein Hindernis für ein modernes, rationales Wirtschaften und orientieren sich vorsichtig auf die Kommunisten, die für sie bei allen Vorbehalten doch Ordnung, Disziplin und Rationalität symbolisieren.

Der wichtigste Indikator für den steigenden kommunistischen Einfluß liegt aber zweifellos im *politischen Bereich*, nämlich in den Ergebnissen der Juni-Wahlen, die für italienische Verhältnisse einem wahren Erdbeben gleichkommen. Die Democrazia Cristiana, seit fast 30 Jahren die „Partei der relativen Mehrheit“, mußte Einbußen von 2,5 Prozent hinnehmen und konnte damit ihre führende Position nur knapp behaupten. Die KPI dagegen gewann 5,5 Prozent hinzu und verringerte den Abstand zu den Christdemokraten auf 1,9 Prozent. Insgesamt ist die KPI jetzt in sieben (von 20) Regionen und in 34 (von 95) Provinzen stärkste Partei.

Nimmt man hinzu, daß sich die Wählerbasis der DC weiter nach rechts verschob⁴⁾ und daß die Jungwähler, deren Zahl durch die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre ungewöhnlich hoch war, überwiegend links wählten, so zeichnet sich eine bemerkenswerte Tendenz ab: Während die DC befürchten muß, daß ihr die Arbeitnehmermassen mehr und mehr davonlaufen und daß sich ihr sozial ursprünglich breites Einzugsfeld auf die konservativen Schichten und die Bevölkerung des Südens reduziert, entwickelt sich die KPI zunehmend zu einer auch für breite Schichten des Angestellten- und Dienstleistungsbereichs wählbaren linken Volkspartei.

Ergebnis in Prozenten²⁾

	Regionalwahlen 1970	Kammerwahlen 1972	Regionalwahlen 1975
Christdemokraten	37,9	38,4	35,3
Kommunisten	27,9	28,3	33,4
Sozialisten	10,4	9,8	12,0
Sozialdemokraten	7,0	5,2	5,6
Republikaner	2,9	2,9	3,2
Liberale	4,7	3,9	2,5
Linksextreme	3,2	2,6	1,6
Neofaschisten	5,2	8,1	6,4

Hier zahlt sich aus, daß die Kommunisten unter starkem Einfluß Togliattis die Lehren aus der Vergangenheit gezogen haben: Mit ihrer Selbstdarstellung als Partei der Ordnung, der Mäßigung und des Verantwortungsbewußtseins gelang es ihnen, große Teile der alten und neuen Mittelschichten, die besonders in Krisenperioden die Massenbasis für faschistische Bewegungen abzugeben pflegten, zu sich herüberzuziehen und den sich Anfang der siebziger Jahre abzeichnenden Rechtstrend nach links umzubiegen. Gewiß nicht repräsentativ, aber bezeichnend für diese Entwicklung, die vom Grundsätzlichen her über Italien hinaus alle Aufmerksamkeit verdient, ist das Wahlverhalten der 671 Wähler bei der Bereitschaftspolizei von Mailand-Bicocca⁵⁾:

²⁾ Rinascita (Rom), Nr. 25, 20. 6. 1975, S. 5 ff.

Ihren dramatischen Akzent erhalten diese globalen Ziffern freilich erst dann, wenn man sie nach Regionen aufschlüsselt. Dann nämlich zeigt sich, daß die Kommunisten ihre größten Einbrüche in den mehr oder minder industrialisierten Regionen Nord- und Mittelitaliens sowie in den urbanen Ballungszonen zu verzeichnen hatten, während die Christdemokraten gerade hier die stärksten Verluste hinnehmen mußten. Im einzelnen sieht das in den Regionen so aus (Angaben für die Stärke der Kommunisten, die Gewinne der KP und die Verluste der DC): Ligurien (38,4; +7,1; -1,7), Piemont (33,9; +8; -4,6), Lombardei (30,4; +7,3; -3,4), Venezien (22,8; +6; -3,9), Latium (33,5; +7; -1,7), Abruzzen (30,3; +7,5; -5,7). Ähnlich in den Großstädten: Rom (34,8; +8,9; -2), Turin (37,8; +8,9; -3,6), Mailand (30,4; +7,4; +0,3), Venedig (34,3; +6,8; -2), Genua (39,1; +8; -1), Florenz (41,5; +6,5; -0,7) und Neapel (32,0; +6; -5,6)³⁾.

	Neofaschisten	DC	Sozialisten	IKP
— in % —				
Kammerwahlen 1972	44,65	31,82	5,35	9,63
Regionalwahlen 1975	19,82	28,17	11,92	29,80

Sicher ist nicht jede Stimme, die bei den Juni-Wahlen für die Kommunisten abgegeben wurde, als ein Votum für den Sozialismus marxistischer oder marxistisch-leninistischer Prägung zu werten. Für viele KP-Wähler war es eine Entscheidung *gegen* die Mißwirtschaft der DC, aber (noch) kein Votum *für* das Programm der KPI. Das kommunistische Wählerpotential von rund 33 Prozent ist also keines-

³⁾ Ebenda.

⁴⁾ Schätzungen zufolge hatte die DC im linken Wählerbereich Verluste von rund sechs Prozent, die sie durch Zunahme von drei Prozent auf dem rechten Flügel teilweise auffangen konnte.

⁵⁾ l'Unità (Mailand, 22. 6. 1975, S. 9.

wegs stabil. Andererseits sind die kommunistischen Neuwähler aber auch nicht einfach als zufälliger Flugsand anzusehen. Zu Recht weist KPI-Generalsekretär Berlinguer darauf hin, daß Bewegungen nach links in Zeiten wirtschaftlicher, politischer und moralischer Krise keineswegs selbstverständlich sind. Das geschieht nur dann, folgert er mit einiger Überzeugung, „wenn die Linkskräfte sich nicht mit Schimpfen und Kritisieren zufriedengeben, sondern Vorschläge machen und sich einsetzen, um die Probleme zu lösen“⁶⁾.

III. Zum Charakter des „historischen Kompromisses“

Solche Auffassungen, die von linksextremen Gruppen vorgebracht werden und auch an der Parteibasis einigen Anklang finden, werden von der Führung einmal deshalb abgelehnt, weil die Partei nicht plötzlich die politische Linie ändern kann und will, mit der sie vor den Wähler getreten ist. Sie werden auch deshalb nicht geteilt, weil ein kommunistischer Regierungseintritt im Ausland (und vor allem in den USA) noch am ehesten akzeptiert wird, wenn er in Form eines breiten Bündnisses erfolgt. Und sie werden schließlich deshalb verworfen, weil die Parteiführung den historischen Grundkonsens, der Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten seit den Resistenza-Zeiten verbindet, nicht leichtfertig aufs Spiel setzen will. Die Ansätze dessen, was heute als „historischer Kompromiß“ bezeichnet wird, lassen sich nämlich bis in die Kriegs- und Nachkriegszeit zurückverfolgen: Damals legte Togliatti die KPI gegen nicht geringe Widerstände insbesondere seitens der kommunistischen Partisangruppen auf den Kurs fest, in gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den Sozialisten und den politischen Kräften des Katholizismus den Wiederaufbau eines demokratischen, antifaschistischen Italien in die Wege zu leiten. Noch heute gültiger Ausdruck dieser Zusammenarbeit ist die Verfassung vom Januar 1948.

An diesem traditionellen Grundkonsens konnte die KPI 1968/69 anknüpfen, als sie Sozialisten und Christdemokraten den Vorschlag machte, die drängenden Probleme des Landes gemeinsam zu bewältigen. So gesehen signalisierte der Aufruf zum „historischen Kompromiß“ vom Herbst 1973 entgegen landläufiger Ansicht in der Bundesrepublik *keine* qualitativ neue Entwicklung und *keine* nur taktisch

Angesichts der spekulativen Verschiebung des innenpolitischen Kräfteverhältnisses in Italien stellen jetzt viele Beobachter die Frage, ob denn die Kommunisten an einem „historischen Kompromiß“ mit einer solchen DC überhaupt noch interessiert sind. Wäre es für die KPI nicht politisch sinnvoller und konsequenter, solange weiter zuzuwarten, bis die Bildung einer rein linken kommunistisch-sozialistischen Alternativregierung möglich ist, in der der KPI aufgrund ihrer überragenden Stärke die Führung fast automatisch zufiele?

bedingte dramatische Wende, sondern lag in der Kontinuität der historischen Bündnispolitik der KP und war Konsequenz ihrer seit Ende der sechziger Jahre verfolgten strategischen Generallinie.

Freilich sah sich die Partei nicht zufällig Ende 1973 veranlaßt, mit der Aufforderung zum „historischen Kompromiß“ diese Generallinie noch präziser herauszuarbeiten und zu motivieren. Inzwischen nämlich hatten sich vor allem durch die Ölpreiskrise die ökonomischen Schwierigkeiten so zugespitzt, daß sie das gesamte politische System und seine Institutionen in eine tiefe Krise stürzten. Hier sahen die Kommunisten zwar die Chance, durch ein überzeugendes Konzept tiefgreifender Strukturreformen größeren Einfluß zu gewinnen. Gleichzeitig war ihnen aber durchaus bewußt, daß sie mit den Sozialisten allein zu schwach wären, um Italien aus seiner Krise herauszuführen, ja daß eine solche Lösung die Frontalopposition eines um die DC gruppierten starken Rechtsblocks provozieren und das Land politisch in zwei Teile spalten würde.

Aus dieser Sicht machte insbesondere das tragische Scheitern der Volksfrontregierung in Chile, das bei allen Unterschieden der Ausgangsbedingungen doch insbesondere in parteipolitischer Hinsicht manche Ähnlichkeiten mit der Situation in Italien aufwies, auf die KPI einen starken Eindruck. Die Partei zog aus den chilenischen Erfahrungen die Lehre, „daß die Einheit der Arbeiterparteien und der Linkskräfte für eine Verteidigung und den Fortschritt der Demokratie nicht ausreicht, wenn dieser Einheit ein von der Mitte bis zur extremen Rechten reichender Parteienblock gegenübertritt“. Mit 51 Prozent der Stimmen sei „keine Garantie für das Überleben und die Arbeitsfähigkeit einer Regierung gegeben, die

⁶⁾ l'Unità, 15. 9. 1975, S. 3.

Ausdruck jener 51 Prozent wäre". Für die Kommunisten bedeutete das, verstärkt den Kampf um die politische Mitte zu führen und ihre politischen Repräsentanten für eine Erneuerung des Landes zu gewinnen, denn „die Ernsthaftigkeit der Probleme des Landes, die immer bedrohlicheren Gefahren reaktionärer Abenteuer und die Notwendigkeit, der Nation schließlich doch einen sicheren Weg wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Erneuerung und demokratischen Fortschritts zu öffnen: All dies bedeutet, daß die Zeit immer mehr drängt und reif ist, um das anzustreben, was als der neue große ‚historische Kompromiß‘ zwischen den Kräften bezeichnet werden kann, die die überwältigende Mehrheit des italienischen Volkes in sich vereinen und repräsentieren.“⁷⁾

Diese Generallinie wurde auf dem 14. KPI-Kongreß vom März 1975 fast einmütig gebilligt und seither mehrfach bestätigt — auch nach den Wahlen vom Juni. Ausdrücklich verurteilt wurden Positionen wie die es persönlich hoch angesehenen, politisch aber einflußlosen Parteimitbegründers Terracini, der schon 1921 Lenin zu widersprechen gewagt hatte und jetzt erneut gegen den Strom schwamm, indem er den „historischen Kompromiß“ mit der Begründung verwarf, die DC sei eine „Partei der Klasse der Großbourgeoisie“ und damit als Partner für einen Kompromiß mit den politischen Organisationen der Arbeiterklasse ungeeignet⁸⁾.

Eine solche Position bezeichnete Berlinguer schon 1973 und erneut auf dem Parteitag als unmarxistisch, da sie die Vielfalt sozialer und wirtschaftlicher Interessen innerhalb der DC und damit die Tatsache übersehe, daß diese Partei eine vielschichtige, damit aber auch veränderbare Realität sei⁹⁾. In der Tat wurde ja die ursprüngliche Stärke ihres „interclassismo“ — das Nebeneinander unterschiedlicher Kräfte und Interessen innerhalb der Partei — mit den sich zuspitzenden Klasseneinandersetzungen zu ihrem empfindlichen Schwachpunkt. Die Krise der Gesellschaft führte zwangsläufig zur Krise auch der DC als der politischen Exponentin dieser Gesellschaft.

Genau hier knüpft die Politik des „historischen Kompromisses“ an, genau hier beginnen für die KPI aber auch die Probleme. Denn

⁷⁾ Die Zitate stammen aus einer vielbeachteten Aufsatzserie der IKP-Zeitschrift *Rinascita*, in der Berlinguer die Konsequenzen aus den chilenischen Ereignissen zog; hier *Rinascita*, Nr. 40, 12. 10. 1973, S. 3—5.

⁸⁾ *l'Unità*, 22. 3. 1975, S. 8.

⁹⁾ *l'Unità*, 19. 3. 1975, S. 11.

so eindeutig die überwältigende Mehrheit des 14. Parteitages, der ganz von der Problematik des „historischen Kompromisses“ beherrscht war, mit Berlinguer und gegen Terracini die DC für veränderbar und damit für grundsätzlich bündnisfähig hielt, so dringend stellte sich — mit den Worten der KPI-nahen Tageszeitung *Paese Sera* — doch die Frage: „Historischer Kompromiß ja — aber mit welcher DC, Genossen?“¹⁰⁾

In jedem Falle war die entscheidende Frage die nach dem Charakter der DC als dem wichtigsten Gesprächspartner für den „historischen Kompromiß“. Damit spitzten sich die Differenzen auf die Frage zu, ob der „historische Kompromiß“ als ein „politisches Angebot“ oder als eine „strategische Linie“ zu verstehen sei. Wer ihn als ein *politisches Angebot* verstand, akzeptierte die DC als Gesprächspartner in ihrem gegenwärtigen Zustand und zielte auf seine relativ kurzfristige Verwirklichung. Wer ihn hingegen als eine *strategische Linie* ansah, setzte auf längere Fristen, in deren Verlauf mit einer weiteren Verschärfung der Krise innerhalb der DC gerechnet werden konnte.

Auf dem Parteitag selbst interpretierte nur eine Minderheit um den Europaexperten Amendola (darunter mit Einschränkungen auch Luciano Lama, der Chef der kommunistisch kontrollierten CGIL-Gewerkschaft) den „historischen Kompromiß“ im Sinne eines kurzfristig zu realisierenden „politischen Angebots“. Angesichts der schweren Krise, in der sich das Land befindet, hielt Amendola ein weiteres Zuwarten für gefährlich. Er spottete über jene, die die KPI „rein, unbefleckt und glänzend in der Isolierung“ (*splendidi nel nostro isolamento*) halten wollten und ihr Ziel darin sähen, „die proletarische Revolution für das Jahr 2000 vorzubereiten“. Für ihn ist der „historische Kompromiß“ mit der DC — und das heißt: mit der heute vorhandenen DC — ein aktuelles Problem¹¹⁾.

Eine andere Richtung um Vorstandsmitglied Ingrao begreift den „historischen Kompromiß“ nicht als Tagesziel, sondern als eine langfristig angelegte politische Strategie (Ingrao selbst verwandte sicher nicht ohne politische Hintergedanken überhaupt nur die auf Gramsci zurückgehende traditionelle Formel „historischer Block“). Für Ingrao und seine Anhänger kann es kein Bündnis mit der DC geben, solange diese noch über relativ starke soziale Einflußzonen verfügt und solange sie die wichtigsten Positionen im staatlichen

¹⁰⁾ *Paese Sera*, 18. 3. 1975, S. 7.

¹¹⁾ *l'Unità*, 20. 3. 1975, S. 7.

Wirtschaftsbereich besetzt (Confindustria-Chef Agnelli zufolge kontrolliert die DC mit 40 Prozent der Wählerstimmen 80 Prozent der staatlich kontrollierten Wirtschaft). Unter solchen Bedingungen sieht die von Ingrao vertretene Richtung für eine konsequente Reformpolitik keine Chancen. Im Gegenteil: Ein Bündnis mit einer solchen DC werde die KPI in eine subalterne Position drängen und sogar ihren Charakter als vorwärtstreibende, die

Gesellschaftsstrukturen ändernde, „revolutionäre“ Kraft bedrohen. Ingrao zufolge müssen die Kommunisten zunächst weiter mit aller Kraft aus der Opposition heraus auf die DC einwirken, um die Krise ihres „interclassismo“ weiter zu verschärfen, „wahrhaftige und echte Brüche“ innerhalb der Partei zu provozieren und vor allem ihr auf der engen Beziehung zum staatlichen Wirtschaftsbereich beruhendes Machtsystem aufzubrechen¹²⁾.

IV. Das Problem einer kommunistischen Regierungsbeteiligung

Zweifellos hat sich die Taktik Ingraos, die im März 1975 die Zustimmung der großen Mehrheit des Parteitages gefunden hatte, bis jetzt ausgezahlt: Das politische Kräfteverhältnis hat sich beträchtlich zugunsten der Kommunisten verschoben; die politischen Gegensätze innerhalb der DC sind offen ausgebrochen, und ihre Fähigkeit zur Führung des Landes ist erstmals seit 25 Jahren ernsthaft in Frage gestellt.

All das hat die Kommunisten freilich nicht dazu verleitet, nunmehr auf eine rasche Regierungsbeteiligung im römischen Zentrum zu dringen. „Denn die italienischen Kommunisten“, schreibt der Beobachter der renommierten französischen Zeitung *Le Monde* mit Recht, „konzentrieren ihre Anstrengungen nicht auf Wahlgewinne, sondern auf ihre ‚Präsenz‘ in der Gesellschaft. Liegt die Originalität des ‚italienischen Weges zum Sozialismus‘ nicht zuallererst, um mit Gramsci zu sprechen, in dieser ‚Hegemonie‘? Statt die Arbeiterklasse außerhalb des Staates zu organisieren, statt sich der Regierungsgewalt zu bemächtigen, um die Gesellschaft zu verändern, will man sich in das politische System integrieren und die sozialen Gruppen durchdringen, um sie zu transformieren. Der Staat wird erst danach neue Züge annehmen.“¹³⁾

In diesem Sinne rief Berlinguer auf der Schlußkundgebung des Nationalfestes der *Unità* vom September 1975 seine 200 000 Zuhörer dazu auf, nicht ungeduldig und nervös zu werden und sich vor „voreiligen und schlecht kalkulierten politischen Initiativen“ zu hüten, die nur jenen Abenteurern dienen, die das Land in die Sackgasse treiben wollten¹⁴⁾. Das vordringliche Interesse der KPI richtete sich vorerst vielmehr darauf, ihre Wahlerfolge an der Peripherie zu konsolidieren und ihren *direkten* politischen Einfluß in

den Gemeinden, Provinzen und Regionen weiter auszubauen.

Das ist in der Tat gelungen: Während die Christdemokraten in internen Richtungskämpfen mit sich selbst beschäftigt waren, bildeten die Kommunisten gemeinsam mit den Sozialisten in einer Reihe von Metropolen (darunter in Turin, Mailand, Venedig, Florenz, Neapel) und Regionen (nach der Emilia-Romagna, der Toskana und Umbrien jetzt auch in Piemont und in Ligurien) die Regierungen. Dies geschah nicht nur unter dem Gesichtspunkt, die eigene Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen: Für die Kommunisten kommt eine Regierungsbeteiligung in Rom ernsthaft überhaupt erst dann in Frage, wenn sie sich hinreichende Machtpositionen nicht nur im sozialen Bereich (Gewerkschaften, Genossenschaften, Schulen, Universitäten etc.), sondern auch in den Regional- und Kommunalregierungen geschaffen haben. Wer gesellschaftsändernde Strukturreformen durchsetzen will — so ihr Kalkül —, muß in der Lage sein, entsprechenden Gesetzesentwürfen parlamentarischer Mehrheiten, wenn sie auf den entschiedenen parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstand der bislang privilegierten Gruppen stoßen, seinerseits durch Gegenmacht aus dem sozialen Bereich oder von der Peripherie her Nachdruck zu verleihen.

Gleichwohl ist nicht zu verkennen, daß die Kommunisten intensiv das Feld für eine Regierungsbeteiligung in Rom bestellen, und zwar in außenpolitischer wie innenpolitischer Hinsicht. Außenpolitisch gingen sie Anfang der siebziger Jahre mit großem Engagement dazu über, eine realitätsbezogene eigene „neue Westpolitik“¹⁵⁾ zu entwerfen: Sie wollen sich konstruktiv am Aufbau der EG betei-

¹²⁾ *l'Unità*, 22. 3. 1973, S. 7 f.

¹³⁾ Robert Solé, *Le Monde* (Paris), 25. 6. 1975, S. 4.

¹⁴⁾ Die Rede ist abgedruckt in: *l'Unità*, 15. 9. 1975, S. 3 f., hier S. 3

¹⁵⁾ So der IKP-Kammerabgeordnete Sergio Segre, Leiter der ZK-Auslandssektion.

ligen und sind jetzt auch bereit, die NATO zumindest solange zu akzeptieren, bis ein neues Sicherheitssystem die Paktsysteme von Ost und West ablöst¹⁶⁾.

Konsequenterweise bemühen sich die Kommunisten daher heute intensiv um ein neues Verhältnis zu Amerika, und zwar nicht nur zu dem „anderen Amerika“ (Segre) der unrepräsentierten Opposition, sondern zu den politisch entscheidenden Kräften im Kongreß und in der Administration. Vor kurzem äußerte Berlinguer sogar öffentlich den Wunsch nach einem Besuch der USA: Für ihn, meinte der IKP-Generalsekretär, gebe es dort eine Welt zu entdecken, und gern würde er den amerikanischen Politikern einmal persönlich die Leitvorstellungen der italienischen Kommunisten erklären¹⁷⁾. Noch freilich stößt eine kommunistische Regierungsbeteiligung auch weiterhin auf den entscheidenden Widerstand der USA: Nach wie vor weigert sich die US-Botschaft in Rom, kommunistischen Funktoren überhaupt Einreisevisa auszustellen.

Was den innenpolitischen Bereich angeht, so sind sich die Kommunisten sehr wohl der schwierigen Probleme und der großen Risiken bewußt, die eine Regierungsbeteiligung, zumal in der gegenwärtig so kritischen Situation des Landes, für die Partei mit sich bringen würde.

Zunächst: Von ihrer Mitgliederstruktur her gesehen ist die KPI noch immer überwiegend eine Arbeiterpartei. Insgesamt macht das klassische Reservoir noch heute 80 Prozent aus — 49,48 % Arbeiter (einschließlich der Rentner und Pensionäre), 14,79 % Hausfrauen, 8,44 % Bauern und Halbpächter, 5,77 % Handwerker, 7,54 % Landarbeiter; in den Rest teilen sich Händler und Kleinunternehmer (4,31 %), Angestellte und technische Intelligenz (5,08 %), Studenten (1,63 %) sowie Lehrer und Intellektuelle (1,72 %) ¹⁸⁾. Selbst wenn man berücksichtigt, daß sich diese Relationen in den mittleren und oberen Führungspositionen stark zugunsten der Intellektuellen und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz verschieben ¹⁹⁾, haben die Kommunisten nach ihrem „zu großen Sieg“ ²⁰⁾

schon jetzt kaum genügend Kader, um die ihnen nach den Regional-, Provinzial- und Kommunalwahlen vom Juni zugefallenen parlamentarischen Mandate, Regierungsfunktionen und leitenden Positionen in den kommunalen Betrieben und Einrichtungen (von den Sparkassen über die Krankenhäuser bis hin zum öffentlichen Nahverkehr) qualifiziert zu besetzen. Die Zahl der Kommunisten in den Regionalparlamenten stieg mit einem Schlage von 200 auf 247, in den Provinzversammlungen von 697 auf 860, in den Kommunen über 5 000 Einwohnern, wo am 15. Juni gewählt wurde, von 8 361 auf 12 368 ²¹⁾. Allein in Turin waren nach Auskunft von Vorstandsmitglied Armando Cossutta, der für die Parteiarbeit in Regionen und Kommunen verantwortlich zeichnet, insgesamt 400 neue Stellen von der KPI zu besetzen ²²⁾. So konnte der kommunistische Parteisekretär von Piemont zwar eine Reihe konkreter Reformvorschläge für die Entwicklung einer modernen Infrastruktur sowie für die Verbesserung der Beziehungen zwischen privater Initiative im ökonomischen Bereich (Fiat!) und staatlicher Programmierung machen; er mußte aber zugeben, daß „die Lösung dieser Probleme ein weiteres Reifen der Partei sowie den Erwerb kultureller und technischer Fähigkeiten erfordert, über die wir noch nicht verfügen“ ²³⁾.

Schon aus dieser Sicht also wäre eine zusätzliche Übernahme von Regierungsfunktionen in Rom für die KPI gegenwärtig nur schwer zu verkraften.

Und weiter: So wenig die KPI schon heute von ihrer Mitgliederstruktur her als linke Volkspartei bezeichnet werden kann — von ihrer Wählerstruktur her ist sie es spätestens mit den Juni-Wahlen geworden. Damit aber (und das gilt potentiell auch für andere kommunistische Massenparteien wie die französische KP und die KP Spaniens) wird ihr Problem wie bei allen Volksparteien zukünftig ganz wesentlich darin bestehen, die widersprüchlichen Interessen und Erwartungshaltungen ihrer zunehmend heterogenen Mitglieder- und Wählergefolgschaft auszubalancieren und da-

Halbpächter, 1,07 % Handwerker, 0,89 % Hausfrauen, 0,62 % Händler, 23,87 % Angestellte und technische Intelligenz, 32,37 % Studenten, Lehrpersonal und Intellektuelle; 20,39 % hatten Volksschul-, 25,73 % Mittelschulbildung, 31,97 % das Abitur und 21,91 % einen Hochschulabschluß, l'Unità, 24. 3. 1975, S. 7.

²⁰⁾ So mit Blick auf diese Problematik der Mailänder Corriere della Sera vom 18. 6. 1975, S. 1.

²¹⁾ Rinascita, Nr. 29, 27. 7. 1975, S. 5.

²²⁾ Giovanni Russo, „Die Kommunisten lernen regieren“, Corriere della Sera, 5. 10. 1975, S. 3.

²³⁾ Rinascita, Nr. 28, 11. 7. 1975, S. 6.

¹⁶⁾ Vgl. dazu meinen Aufsatz: Die außenpolitische Dimension des historischen Kompromisses“, Ost-europa (Aachen), Nr. 7, 1975, S. 455—462.

¹⁷⁾ Times (New York), zitiert nach l'Unità, 25. 6. 1975, S. 1.

¹⁸⁾ Dati sull'organizzazione del PCI: Dati statistici della Sezione centrale di organizzazione della Direzione del PCI, Rom 1975, S. 47.

¹⁹⁾ Von den Delegierten des 14. IKP-Parteitags vom März 1975 waren nach eigenen Berufsangaben 36 % Arbeiter und Landarbeiter, 3,12 % Bauern und

bei eine politische Linie einzuhalten, die ihren Charakter als Partei tiefgreifender gesellschaftsändernder Strukturreformen nicht in Frage stellt. So gesehen würde eine Regierungsbeteiligung in Rom die KPI vor eine echte Zerreißprobe stellen, von der niemand voraussagen kann, wie sie ausgehen würde.

Aber auch aufgrund ihrer Erfahrungen in den roten Kommunen und Regionen muß eine Regierungsbeteiligung den Kommunisten problematisch und risikoreich erscheinen: Allein ein Blick auf die Arbeitslosenzahl der neuerdings kommunistisch geführten Metropolen Mailand (80 000) und Neapel (140 000) sowie auf deren Rekorddefizite: Neapel (1 505 Mrd. Lire), Mailand (896 Mrd. Lire), Turin (419 Mrd. Lire) und Genua (396 Mrd. Lire)²⁴⁾ zeigt, wie eng der finanzielle und damit auch der politische Gestaltungsspielraum und wie groß die Gefahr ist, die hochgeschraubten Erwartungen der Mitglieder und der Wähler nicht erfüllen zu können. Zwar kann diese Situation nicht ohne weiteres auf die gesamt-nationale Ebene übertragen werden; sie macht aber deutlich, weshalb Berlinguer vor „voreiligen und schlecht kalkulierten politischen Initiativen“ warnt und seinerseits Bedingungen für den „historischen Kompromiß“ stellt.

Umgekehrt ist es aber gerade die zunehmende Verankerung der Kommunisten in peripheren Regierungsbereichen, der den Klärungsprozeß bei ihnen beschleunigt: Sollen die roten Kommunen und Regionen keine „sozialistischen Inseln in kapitalistischer Umwelt“ bleiben und der Gefahr ausgesetzt sein, von der Zentrale (auch finanziell) abgeschnürt zu werden, so müssen die Kommunisten die nationale Politik letztlich selbst mitgestalten. Tatsächlich mehren sich die Anzeichen dafür, daß die KPI einen solchen Schritt ernsthaft ins Auge faßt. Um endlich einen „fruchtbaren Meinungsaustausch“ (Berlinguer) zwischen Regierung und Opposition über die Kernprobleme Italiens einzuleiten, präzisierten die Kommunisten in jüngster Zeit in auffälliger Weise ihre Vorstellungen über ein mittelfristiges Programm zur Beseitigung der eingangs geschilderten Ursachen der strukturellen wirtschaftlichen Krise des Landes. Dabei wiederholten sie, daß eine zentrale Verwaltungswirtschaft östlichen Typs für sie nicht zur Diskussion stehe, „weil sie nicht nur nicht funktioniert, sondern weil sie auch mit unseren Vorstellungen von Demokratie unvereinbar ist“. Die Marktmechanismen sollen beibehalten werden, „weil bisher kein besserer Mechanismus zur Messung

der volkswirtschaftlichen Rentabilität und Effizienz erfunden wurde als der der Marktwirtschaft“. Selbst Reprivatisierungen sollten dort vorgenommen werden, wo sie sinnvoll sind, denn „Speiseeis vom Staat ist einfach ein Wahnsinn“²⁵⁾.

Im Kern läuft das Wirtschaftskonzept der IKP, das weitgehend mit dem der Gewerkschaften identisch ist, statt dessen darauf hinaus, auf der Grundlage einer langfristigen Prognose für alle Bereiche der Volkswirtschaft eine umfassende Zielprojektion zu entwerfen und diese durch ein flexibles System staatlicher Wirtschaftsprogrammierung zu verwirklichen, das die Autonomie einzelwirtschaftlicher Entscheidung mit der zentralen Planvorgabe optimal verbindet. Dabei ist daran gedacht, den öffentlichen Wirtschaftssektor, der in den Schlüsselbereichen bereits über 50 % ausmacht, gezielter für eine aktive Konjunktur- und Strukturpolitik einzusetzen. Dem privatwirtschaftlichen Sektor sollen nicht von der Angebots-, sondern von der Nachfrageseite her Signale gesetzt werden — im sozialen Wohnungsbau, im Schulwesen, in der ländlichen Bewässerung, auf dem Gebiete der öffentlichen Verkehrsmittel etc. Damit könnten, meinen die Kommunisten, einmal die verkümmerten sozialen Infrastrukturen verbessert und die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Zum anderen würde sich die Privatwirtschaft von selbst auf die vom Staat aufgestellten Globalziele einrichten, wenn man ihr hier Leitlinien an die Hand gebe. In diesem Sinne heißt es in einem Beschluß der Parteileitung eine Woche nach den Wahlen: „Nur eine neue Art der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung kann den Unternehmen jene Orientierungspunkte und jene Garantien geben, die sie benötigen, um ihre eigenen Ziele zu planen und ihre eigenen Initiativen zu entwickeln.“²⁶⁾

Unterstrichen wurde die Ernsthaftigkeit dieses Konzepts dadurch, daß die Kommunisten — wiederum in engem Einvernehmen mit den Gewerkschaften — ausdrücklich die Notwendigkeit ausreichender Erträge für die Unternehmen anerkannten und der Vollbeschäftigung Vorrang vor einer Erhöhung der Effektivlöhne gaben — unter der Voraussetzung freilich, daß die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme endlich angepackt würden²⁷⁾.

²⁵⁾ Interview mit IKP-Vorstandsmitglied Luciano Barca, dem Wirtschaftsspezialisten der Partei, Die Welt, 19. 7. 1975, S. 10.

²⁶⁾ l'Unità, 22. 6. 1975, S. 1.

²⁷⁾ Für die IKP Barca, a. a. O., und jüngst auch Berlinguer, l'Unità, 15. 9. 1975, S. 4.

²⁴⁾ Le Monde, 25. 9. 1975, S. 4. 100 Lire entsprechend 0,33 DM.

Ein weiteres Indiz dafür, daß die Kommunisten grundsätzlich eine Regierungsbeteiligung anstreben, ist schließlich ihr Versuch, die Christdemokraten auch dort zur Bildung von Kommunal- und Regionalregierungen heranzuziehen, wo rein linke Mehrheiten möglich gewesen wären: An der Peripherie sollte das Modell für den „historischen Kompromiß“ in Rom entstehen. Zwar scheiterte dieser Versuch in Mailand und Neapel an der Ablehnung der Christdemokraten. Die Kommuni-

sten hatten jedoch insofern einen Teilerfolg zu verzeichnen, als sich die DC damit einverstanden erklärte, daß die Programme der Regionen Latium, Kampanien (mit der Hauptstadt Neapel), Marken (Ancona), Abruzzen (L'Aquila), Basilicata (Potenza) und Kalabrien (Catanzaro) von sämtlichen Parteien, die Neofaschisten ausgenommen, getragen werden. Diese „offenen Giunten“ (= Regionalregierungen) könnten sich als eine Vorstufe zum „historischen Kompromiß“ erweisen.

V. Große Koalition als Übergangslösung?

Noch kann niemand sagen, ob und unter welchen Bedingungen es zum „historischen Kompromiß“ zwischen den drei großen politischen Strömungen Italiens, den Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten, in der Zentralregierung kommen wird. Viele Italiener fürchten, daß sich DC und KPI die Macht einfach teilen. Das wäre für das Land und seine Demokratie sicher die schlechteste Lösung. Denkbar ist nach den Ergebnissen der letzten Wahlen aber auch, daß es doch zu einer Linksalternative kommt, möglicherweise unter Einschluß einiger von der christdemokratischen Mutterpartei abgespaltener linkskatholischer Gruppierungen.

Schließlich ist der „historische Kompromiß“ aber auch als eine bloße Übergangslösung vorstellbar: Eine Große Koalition, die die Kommunisten salonfähig macht und damit den „bipartitismo imperfetto“ (Giorgio Galli) letztlich in einen „bipartitismo perfetto“ transformiert — in ein funktionierendes Zweiparteiensystem mit einer großen konservativen und einer großen sozialistischen Partei an den Flügeln und kleineren liberalen und sozialdemokratischen Gruppierungen in der Mitte. Nicht zufällig wird der „historische Kompromiß“ in Italien häufig mit der Bonner Großen Koalition von 1966 in Zusammenhang gebracht.

Doch all dies bleibt vorerst Spekulation. Fest steht nur eines: Die Mitte-Links-Formel ist

tot, und über kurz oder lang werden die Kommunisten in die Regierungsverantwortung mit einbezogen — zunächst wahrscheinlich über die Zwischenstufe einer parlamentarischen Unterstützung der Kommunisten für eine christdemokratisch-sozialistische Zweierkoalition (dies vor allem deshalb, weil eine solche Lösung den Amerikanern und der NATO Gelegenheit geben würde, sich an ein Mitregieren der Kommunisten zu gewöhnen und sich von der Glaubwürdigkeit ihrer Zusicherungen auch im internationalen Bereich zu überzeugen). Die Sozialisten jedenfalls lehnen schon heute jedes Regierungsbündnis mit den Christdemokraten ab, das nicht eine feste Absprache mit den Kommunisten einschließt. Die Christdemokraten ihrerseits gaben die starre Abgrenzungspolitik Fanfanis gegenüber den Kommunisten jetzt auch offiziell auf zugunsten einer Politik der offenen und konstruktiven „Auseinandersetzung“ (confronto).

Dieses neue Verhältnis zwischen DC und KP wird sicher nicht dazu führen, daß sich die Kommunisten der Mitte-Links-Koalition und ihrer Politik einfach anschließen. Sie werden die Einleitung tiefgreifender Strukturreformen im administrativen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich zur Voraussetzung ihrer Mitarbeit machen. Das wird von denjenigen, die das Land in seine heutige Krise hineingeführt haben, ein radikales Umdenken erfordern. Das Ergebnis wird aber auch die Kommunisten nicht unverändert lassen.

10 Thesen zur Ideologie, Struktur und Politik der KPI

1. Im politischen und sozialen Einflußfeld ist die KPI dabei, die DC als stärkste Partei Italiens zu überholen. Sie ist qualitativ und quan-

titativ besser organisiert, ist bei den Juni-Wahlen 1975 bis auf 1,9 Prozent an die DC herangerückt und verfügt im peripheren und

sozialen Bereich (Gewerkschaften, Genossenschaften, Kommunen und Regionen) über solide flankierende Einflußzonen.

2. Die *Mitgliederstruktur* weist die KPI noch immer überwiegend als Partei der Arbeiter und der alten Mittelschichten aus. Von der *Wählerstruktur* her, die jetzt auf die Mitgliederstruktur durchzuschlagen beginnt, befindet sie sich jedoch nach den jüngsten Einbrüchen in die urbanen Schichten des Angestellten-, Bildungs- und Dienstleistungsbereichs auf dem Wege zur *linken Volkspartei*.

3. Damit wachsen die *Integrationsprobleme* der KPI. Solange sich die Partei in der Opposition befindet, lassen sich diese Probleme überdecken. Entscheidend wird sein, ob es der KPI, wenn sie an der Regierung ist, gelingt, die widersprüchlichen Interessen ihrer zunehmend heterogenen Mitglieder- und Wählergefolgschaft zu integrieren, ohne darüber den Charakter einer gesellschaftsändernden Kraft zu verlieren.

4. Ausgehend von Gramscis Hegemonie-Konzeption will die KPI den bürgerlichen Staat *von innen her* in einen sozialistischen transformieren. Diskussionen über eine Systemgrenze zwischen Kapitalismus und Sozialismus finden daher bei der KPI nicht statt. Der alte Gegensatz zwischen Teilerfolgen und Kampf um die Macht, zwischen Reform und Revolution ist überwunden.

5. Kernpunkt der gesellschaftsändernden Dynamik ist für die KPI ihr Programm tiefgreifender politischer, wirtschaftlicher und sozialer *Strukturreformen*, wobei sie an unerfüllte Aufträge der italienischen Verfassung anknüpft: Überwindung des Nord-Süd-Gegensatzes, Umstrukturierung der Verwaltung in eine leistungsfähige Administration, Schaffung eines gerechteren Steuersystems, Wirtschaftsprogrammierung etc. Die Strukturreformen im Wirtschaftsbereich sehen keine weiteren Vergesellschaftungen vor, sondern einen Ausbau des Instrumentariums der Investitionslenkung bei gleichzeitiger Beibehaltung starker marktwirtschaftlicher Elemente.

6. Der von Togliatti forcierte Wandel der KPI von einer *Kaderpartei* in eine *Massenpartei* zielte darauf, alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche des Landes zu durchdringen. Diese aktive *Politik der Präsenz* ist darauf angelegt, faschistischen Bewegungen die Massenbasis zu entziehen und dem eigenen Programm Schubkraft zu verleihen.

7. Die breit angelegte Bündnispolitik der KPI will vertikale Spaltungen in der Gesellschaft vermeiden sowie den politischen und sozialen Fortschritt in einem möglichst großen Kon-

sens mit den anderen demokratischen Formationen erzielen. Einen automatischen Führungsanspruch erhebt die KPI dabei nicht: Die Arbeiterklasse, die die Hegemonie in Staat und Gesellschaft übernehmen soll, umfaßt der KPI zufolge heute alle „ehrlich Arbeitenden“ und wird daher von Parteien und Gruppen unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Ansichten repräsentiert.

8. Als Folge der kommunistischen Präsenz- und Bündnispolitik hat sich der Charakter der KPI in den vergangenen 25 Jahren stark gewandelt. Um die Integration weiter Bevölkerungsschichten zu ermöglichen und den Konsens mit anderen Gruppierungen zu erleichtern, hat die KPI das Netz ihrer Grundorganisation weitgehend von der *Betriebszelle* auf die *Wohngebietsorganisation* umgestellt. Damit hat die KPI ein wesentliches Strukturelement einer leninistischen Kampfpartei zugunsten eines traditionellen sozialistischen Organisationsprinzips in den Hintergrund treten lassen.

9. Nicht zuletzt die Fehlentwicklungen in Osteuropa haben die KPI dazu veranlaßt, für einen Pluralismus der politischen und sozialen Kräfte auch im Sozialismus zu plädieren: Widersprüche, die auch in der sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht verschwänden, müßten artikuliert, diskutiert und in demokratischem Wettstreit gelöst werden können. Aus dieser Sicht sieht die KPI die Grundwerte und die politischen Freiheiten der bürgerlichen Demokratie nicht als bloß formal, sondern als *prinzipielle* Werte an, die im Sozialismus wirksam bleiben müßten.

10. Die KPI repräsentiert eine *Synthese* von Elementen, die sich aus ihrer Verwurzelung in zwei verschiedenen politischen Systemen und Kulturen ergeben: der in Italien und derjenigen in der kommunistischen Bewegung. Ihr Wandel wird auch in Zukunft stark durch ihr Erbe und ihre Identität als kommunistische Partei konditioniert sein. Gleichwohl scheint die Entwicklung der KPI in Richtung auf den demokratischen Sozialismus unumkehrbar. Der demokratische Zentralismus auf italienisch verbindet sich zunehmend mit einer lebendigen innerparteilichen Diskussion. Die internationalistischen Bindungen reduzieren sich auf den Oktober-Mythos und die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Diese Entwicklung hin zum demokratischen Sozialismus ist bei der KPI langfristig angelegt. Ihn rückgängig machen zu wollen hieße, den Verlust großer Teile der Wählergefolgschaft sowie eine Spaltung der Partei zu riskieren.

Klaus Burkhardt: Wandlungen im französischen Kommunismus? Der 22. Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/76, S. 3—12

Der 22. Parteitag der KPF hat allgemein starke Beachtung gefunden, weil er als spektakulärer Umschwung einer kommunistischen Partei gedeutet wurde. Die vorliegende Darstellung geht der Frage nach, inwieweit diese Einschätzung gerechtfertigt ist. Im Mittelpunkt der Diskussion steht dabei die Anerkennung des parlamentarisch-pluralistischen Systems als institutioneller Rahmen für das zukünftige Wirken der Partei. Daraus ergeben sich Differenzen zu den von Moskau ausgegebenen Richtlinien für kommunistische Parteien, die schon vor dem Parteitag zur öffentlichen Kritik der KPdSU führten.

Die direkte und indirekte Kritik an der Vorherrschaft des Kremls wurde durch die Abschaffung des Bekenntnisses zur „Diktatur des Proletariats“ besonders augenfällig. Sie erfolgte unter Berufung auf Marx und Lenin mit der Begründung, daß dieser Begriff nicht mehr zeitgemäß sei. Gegenüber allen bisher realisierten Sozialismusmodellen propagiert die KPF einen Sozialismus in den Farben Frankreichs auf der Grundlage einer Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens. Dazu gehören die „bürgerlich“-demokratischen Freiheitsrechte ebenso wie eine durch Vergesellschaftung kapitalistischer Großunternehmen und durch Mitbestimmungsrechte der Arbeiterschaft zu gewährleistende Wirtschaftsdemokratie. Diese Ziele können nach Meinung der KPF nur in Zusammenarbeit mit den Sozialisten erreicht werden, was ein Festhalten an der Linksunion unumgänglich macht. Allerdings nimmt dabei die KPF die führende Rolle einer Avantgardepartei der Arbeiterklasse für sich in Anspruch.

Die Propagierung bürgerlicher Moralpostulate ist einerseits auf die Gewinnung neuer Wählerschichten ausgerichtet, gewiß aber auch auf Bedürfnisse in Mitgliedschaft und Funktionärskader zurückzuführen. Obwohl die Fragen der innerparteilichen Demokratie und des proletarischen Internationalismus nach wie vor nicht eindeutig beantwortet wurden, muß von einem bemerkenswerten Wandel der KPF gesprochen werden. Die eindeutig bekundeten demokratisch-pluralistischen Tendenzen können nicht nur als taktische Manöver hingestellt werden. Mag auch der von der Parteiführung durchgesetzte Kurs Teile der Mitgliedschaft noch nicht erfaßt haben, so läßt sich doch voraussagen, daß seine Beibehaltung die Bewußtseinsbildung in der Partei in immer stärkerem Maße beeinflussen wird.

Heinz Timmermann: „Historischer Kompromiß“ oder Volksfront? Die Kommunistische Partei Italiens auf dem Weg zur Regierungsbeteiligung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/76, S. 13—22

Bei den italienischen Regional-, Provinzial- und Kommunalwahlen vom Juni 1975 konnten die Kommunisten das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien, das sich seit Kriegsende als bemerkenswert stabil erwiesen hatte, zu ihren Gunsten verändern. Insgesamt gewannen sie 5,5 Prozent hinzu und verringerten damit den Abstand zu den Christdemokraten auf 1,9 Prozent (33,4 zu 35,3 Prozent).

Dennoch will die KPI an ihrer Generallinie, die den „historischen Kompromiß“ als breites Bündnis zwischen Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten anstrebt, auch in Zukunft festhalten (und nicht etwa an einer kommunistisch-sozialistischen Alternativlösung). Das bedeutet nicht, daß die KPI auf eine rasche Regierungsbeteiligung im römischen Zentrum drängt. Ein solcher Schritt wäre für die Partei selbst gegenwärtig noch problematisch. Aktuelles Zwischenziel der Kommunisten ist vielmehr, die Christdemokraten endgültig zur Aufgabe ihrer Politik der prinzipiellen Abgrenzung gegenüber den Kommunisten zu zwingen. Erst in einem zweiten Schritt wäre aus ihrer Sicht an eine Beteiligung an der Regierungsverantwortung zu denken — eventuell über die Zwischenstufe der parlamentarischen Unterstützung einer christdemokratisch-sozialistischen Zweierkoalition von außen.